

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

## EDITORIAL

Es ist Zeit für den Sozialismus. Denn die Aggressivität und Zerstörungskraft des Imperialismus steigert sich weltweit von Monat zu Monat, und nicht nur in Asien, Afrika und Lateinamerika, selbst in Europa ist er nicht mehr in der Lage, alle die ausgebeutet werden wollen zu ernähren. Am krassesten wird das in Griechenland vorgeführt. Die kommunistische Partei Griechenlands, die – anders als die kommunistische Partei hierzulande – in der Arbeiterklasse fest verankert ist und über einen beträchtlichen Massenanhang verfügt, wird dort wie hier von vielen Linken angegriffen und diffamiert. Patrik Köbele begründet, warum es richtig war, dass die KKE sich dem Angebot einer Regierungsbeteiligung durch Syriza verweigerte – eine wichtige Frage, auch wenn die Reaktion die Möglichkeit einer Linkregierung ohnehin vorerst vereiteln konnte. Sepp Aigner ergänzt, indem er Syriza genauer unter die Lupe nimmt und den Vergleich von *kommunisten.de* mit der Situation in Lateinamerika in Frage stellt.

Es ist Zeit für den Sozialismus. Aber in ganz Europa sind Chauvinisten und Rassisten auf dem Vormarsch. In Deutschland wurde eine faschistische Mörderbande staatlich finanziert und gedeckt, doch die wachsende faschistische Gefahr wird nicht mit dem Staat in Verbindung gebracht. Gerhard Feldbauer zeigt auf, wie den Faschisten in Europa der Weg bereitet wird. Tom von der SDAJ München fragt, wieso ausgerechnet in Deutschland noch keine so genannte rechtspopulistische Partei mit Massenanhang existiert. Dem gän-

gigen Vorurteil des *Verordneten Antifaschismus* in der DDR widerspricht Erika Baum engagiert. Und Kurt Gossweiler nimmt zum Literaturtipp in T&P Nr. 28 Stellung, indem er bestimmte Einschätzungen der Rezension seines Buches *Kapital, Reichswehr und NSDAP* von Sebastian Carlens zurückweist. Dieser antwortet auf die Kritik.

Es ist Zeit für den Sozialismus. Aber er gilt bestenfalls als schöne Utopie, die leider nicht zu realisieren ist. Das liegt nicht zuletzt an der übermächtigen Propaganda, der Sozialismus sei undemokratisch. Wir bringen deshalb auch in diesem Heft Artikel über die sozialistische Demokratie in der DDR: Ulrich Huar legt dar, dass die Aufhebung der Gewaltenteilung die Grundlage dafür war. Robert Steigerwald meldet dazu Vorbehalte an: Aus historischer Erfahrung plädiert er für die *Trennung (nicht Teilung) der Gewalten* ein und derselben Klassenkräfte im Sozialismus. Über die innerparteiliche Demokratie der SED schreibt aus lebendiger eigener Erfahrung Ernst Heinz. Die Frage, warum sich dennoch die Niederlage nicht verhindern ließ, ist eine andere Debatte.

Es ist Zeit für den Sozialismus. Aber es fehlen die Totengräber des Imperialismus. Dass die Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit dem Kapital ein Auskommen sieht und sich von der Sozialdemokratie immer noch ruhig halten lässt, liegt auch daran, dass eine entschlossene, ideologisch gefestigte und mit der Arbeiterklasse verbundene kommunistische Partei

fehlt. Jörg Högemann und Daniel Bratanovic haben sich die Broschüre der DKP-Südbayern vorgenommen, die außer einem Beitrag von Hans Heinz Holz einen Text von Leo Mayer enthält. Beide weisen es entschieden zurück, für *Leo Mayers neues Denken*, sein gänzlich anderes Verständnis von Partei und Klassenbewusstsein, den Leninisten Gramsci zum Kronzeugen zu machen. Über die Auseinandersetzung der isw-Autoren Fred Schmid und Conrad Schuhler mit Beate Landefeld und Hans-Peter Brenner über den Internationalisierungsgrad des Monopolkapitals in Deutschland informiert Sepp Aigner. Der Artikel schließt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutsche Monopolbourgeoisie.“ Womit wir wieder am Ausgangspunkt wären.

Den Kommunisten in Deutschland fehlen heute theoretisch wie organisatorisch die Voraussetzungen, eine führende Rolle in der Arbeiterklasse zu übernehmen. Beispiele für eine andere Praxis sollen zeigen, wie die DKP sich entwickeln muss, will sie langsam an Einfluss in der Arbeiterklasse gewinnen. Ansatzpunkte dazu gibt es auch außerhalb der Betriebe. Diesmal ist es die Mietenpolitik der Berliner DKP, die Klaus Linder vorstellt – ein Schritt in die richtige Richtung auf diesem schwierigen Weg. Um die Partei insgesamt wieder auf ihre Hauptaufgaben auszurichten, dazu bedarf es jedoch mehr als einzelner örtlicher Initiativen!



# DAS DILEMMA DER KKE

Als ich 2006 einen Artikel zum Thema „Kommunisten und Parlamentarismus“ [1] veröffentlichte, schien eine Regierungsbeteiligung von kommunistischen Parteien in Europa – nach der Niederlage des Sozialismus – eine rein theoretische Frage. Es war nicht zu erwarten, dass sie bald wieder aktuell werden würde. Dementsprechend kurz ging ich damals darauf ein:

„Eine Beteiligung von Revolutionären an bürgerlichen Regierungen verbietet sich in fast allen Phasen zwingend. Immer würden sie gezwungen sein, Zugeständnisse an das Abwälzen der Lasten der kapitalistischen Krise auf die Menschen zu machen. Immer würden sie zum linken Feigenblatt für imperialistische Politik und Kahlschlag werden. (...) Ausnahmen sehe ich dabei in folgenden Situationen:

- Vorrevolutionäre Situationen mit starken außerparlamentarischen Bewegungen und Kämpfen und einem Kräfteverhältnis, das zu Gunsten der Ausgebeuteten kippt oder zumindest relativ ausgeglichen ist.
- Situationen, in denen eine Regierungsbeteiligung nötig ist, um autoritäre, faschistische Regierungen oder imperialistische Kriege zu verhindern.
- Bei Regierungen, die im Ergebnis der Befreiung von autoritären oder faschistischen Regimes entstehen und in Phasen, in denen Wege zu antifaschistisch-demokratischen Phasen möglich scheinen.
- Wenn eine Regierungsbeteiligung selbst dem Aufschwung von Kämpfen der Klasse, der Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung dient, da sie zum Beispiel das Selbstbewusstsein der Kämpfenden erhöht.
- Wenn eine Regierungsbeteiligung der Veränderung des Kräfteverhältnis im übernationalen Maßstab nutzt (sie zum Beispiel dem Schutz sozialistischer Länder durch die Neutralisierung von Gegenkräften dient).

Dies ist immer wieder zu kontrollieren. Wird die Beteiligung an Regierungen zum Hemmschuh, dient man als linkes Feigenblatt für bürgerliche Politik. Soll man gezwungen werden, Angriffe gegen die Interessen der Klasse mitzutragen, muss die Regierung verlassen werden. Mögliche Ausnahmen können die Verhinderung von Faschismus und imperialistischen Kriegen sein. Die Entscheidung darüber darf keinesfalls den Fraktionen bzw. Parlamentariern überlassen werden.

Entscheidend ist, dass auch in Phasen der Regierungsbeteiligung Revolutionäre und Kommunisten versuchen müssen, das Entstehen von Illusionen bei den Ausgebeuteten zu verhindern. Es gilt selbst in diesen Situationen, den Charakter solcher Regierungen und der bürgerlichen Parlamente immer wieder zu entlarven und darauf zu verweisen, dass dort letztlich auch nur dann etwas „herausgeholt“ werden kann, wenn die Ausgebeuteten für ihre eigenen Interessen kämpfen.

Ich konnte nicht ahnen, dass sich nur sechs Jahre später die Frage für eine Bruderpartei der DKP – die KKE – stellen würde. Und dass dies den Streit in meiner eigenen Partei verschärfen könnte, ahnte ich genauso wenig.

## **Erinnerung an einige Selbstverständlichkeiten**

Um den Kern der Auseinandersetzung zu erkennen und sie richtig führen zu können, ist es notwendig, einige Nebelwolken zu vertreiben.

- Das Verhältnis zwischen kommunistischen Parteien muss vom Geiste des proletarischen Internationalismus und der Solidarität bestimmt sein, was aber nicht Kritiklosigkeit bedeutet. Die Debatte muss auf der Grundübereinstimmung in wesentlichen weltanschaulichen Fragen basieren (Weltanschauung der Ideen von Marx, Engels und Lenin, Anerkennung der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt, Notwendigkeit des revolutionären Bruchs hin zum Sozialismus als zwingender Vor-

stufe der klassenlosen Gesellschaft, Anerkennung des realen Sozialismus als größter Errungenschaft der Arbeiterklasse).

- Es ist richtig und notwendig, die Diskussion auch über Fragen der Bündnis- und Aktionseinheitspolitik zu führen. Dabei aber nationale Unterschiede zu übersehen oder der Schwesterpartei und ihren Mitgliedern nicht zuzuhören, wenn sie die Ausgangspunkte für Analysen und Strategien in ihrem Land schildern, ist genauso falsch wie wechselseitig die eigenen Analysen und Schlussfolgerungen auf die Bedingungen des anderen Landes übertragen zu wollen.

**Regierungsbeteiligung ist NICHT gleichzusetzen mit Aktionseinheits- und Bündnispolitik.** Sie kann bestenfalls in bestimmten Phasen deren Ergebnis und gleichzeitig ein Instrument sein.

Die Aktionseinheitspolitik im Rahmen der Arbeiterklasse ist für Kommunisten ein Teil ihrer Strategie, um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen – also für die Formierung der Klasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich, das heißt die Schaffung von Klassenbewusstsein und sozialistischem Bewusstsein.

Bündnispolitik umfasst darüber hinaus andere Klassen und Schichten, wie vor allem das Kleinbürgertum. Das Ziel der Kommunisten ist dabei auch, die Bündnispartner von der Notwendigkeit des Bruchs mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu überzeugen. [2]

## **Einschätzung der politischen Möglichkeiten in Griechenland**

Wie ist, nach dieser Betonung von Selbstverständlichkeiten, die Situation in Griechenland, der Ausgang der Wahlen sowie das Verhalten unserer Schwesterpartei zu bewerten?

In Griechenland besteht (noch) keine revolutionäre Situation, das zeigt

nicht zuletzt das Wahlergebnis. Dennoch ist die Gefahr eines Militärputsches (wie 1967) sicherlich nicht zu unterschätzen. Ob eine Regierungsbeteiligung dem notwendigen Aufschwung von Massenkämpfen der außerparlamentarischen Bewegung gedient hätte, scheint mir abwegig. Denn das Wahlergebnis von ND, PASOK aber auch von Syriza zeigt ja vor allem die Hoffnung auf einen parlamentarischen Ausweg. Wenn alle anderen Parteien außer der KKE Versprechungen für ihr künftiges Verhalten in der Regierung machen – die auch, selbst mit dem besten Willen, nicht zu halten wären – kann eine ungeschminkte Analyse der Lage nicht viele Anhänger bringen. Denn die Konsequenz heißt nicht bequemes Abwarten, wie die Regierung handeln wird, sondern verschärfter Klassenkampf.

Selbst wenn eine gemeinsame Regierung von Syriza und KKE als heutige Form einer Art „Volksfrontregierung“ zu betrachten wäre, würde die Realisierung an der Frage des gemeinsamen Regierungsprogramms scheitern.

Syriza hatte vorgeschlagen, eine Regierung solle auf der Grundlage eines Fünf-Punkte-Plans arbeiten. Dieser Fünf-Punkte-Plan beinhaltete den Verbleib Griechenlands in der Eurozone, die Kündigung aller Austeritätsverträge mit der EU, der Troika und der EZB, die staatliche Kontrolle über alle Banken, die Rücknahme aller Lohnkürzungen und Einschränkungen des Tarifrechts. Dieser Plan ist mit und in der EU nicht zu machen, und die KKE bezeichnet ihn deshalb zu Recht als illusorisch. Er ist aber andererseits nicht

weitgehend genug, weil er den radikalen Schuldenschnitt scheut. Abgesehen vom Verbleib Griechenlands in der Eurozone ließen sich die genannten Forderungen nur durchsetzen, wenn die Allmacht der Monopole gebrochen würde. Genau dies lässt aber dieser Plan nicht zu, da er den Verbleib in der EU und der NATO beinhaltet. Deshalb war keine programmatische Grundlage für ein gemeinsames Regierungsprogramm gegeben. Eine Regierungsbeteiligung der KKE hätte für sie viel eher ähnliche Folgen gehabt, wie sie die französischen und italienischen Kommunisten in der Vergangenheit erlebt haben, bis hin zu einem Absinken in die Bedeutungslosigkeit.

Und die Verluste der KKE? Ja, die KKE hat massive Verluste erlitten, ihr Stimmenanteil hat sich fast halbiert. Er hat sich fast halbiert, weil die KKE GRUNDSÄTZLICH das Richtige sagt, aber erst eine Minderheit das bewusstseinsmäßig akzeptieren kann. Genau dem darf aber eine kommunistische Partei nicht nachgeben, da sie sich sonst opportunistisch verhielte. Dass die griechische Partei diese Linie durchhält, davor habe ich Hochachtung. [3]

Das riesige Dilemma, vor dem die griechische Arbeiterklasse und damit auch die kommunistische Partei stehen, ist doch das Problem, dass objektiv der Aufstand auf der Tagesordnung steht und subjektiv die Arbeiterklasse (noch) nicht bereit dazu ist. Jetzt das Bewusstsein der Klasse auf illusionäre Auswege zu lenken, ist falsch. Umgekehrt werden die Teile der Klasse, die ganz offensichtlich noch Hoffnungen auf solche Auswege haben, nur dann

sich für grundsätzliche Alternativen öffnen, wenn sie für gemeinsame Abwehrkämpfe gewonnen werden können.

Die Befürwortung einer Regierungsbeteiligung in Griechenland, die es auch in der DKP gibt, scheint mir deshalb nicht nur in einem Verkennen der griechischen Situation begründet zu sein. Wahrscheinlich wird sie auch von Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus genährt.

#### Quellen und Anmerkungen:

- [1] T & P 3/2006
- [2] Die alten Begriffe Einheitsfront- und Volksfrontpolitik drücken den Unterschied deutlicher aus.
- [3] Die Behauptung, die KKE gebe den Sozialismus als Tageslosung aus, stimmt übrigens nicht. Sie hat zwar kein Minimalprogramm, aber doch konkrete Vorschläge zum Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen, „sowohl für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter und des Volkes sowie der demokratischen Rechte, als auch für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse des Volkes, jedoch erklären wir öffentlich, dass unter kapitalistischen Bedingungen jeder Erfolg, den das werktätige Volk erringen mag, ohne die Eroberung der Arbeiter- und Volksmacht temporär ist.“

*(Elisseos Vagenas – Mitglied des ZK und Verantwortlich für die Internationale Abteilung des ZK der KKE, im Interview mit der türkischen Zeitung „Evensel“)*



Sepp Aigner

## WOZU DIENEN LINKSREGIERUNGEN?

Es gab in der Entwicklung der bolivianischen Revolution in Venezuela eine kurze Phase, in der Chavez forderte, alle ihre Unterstützer sollten sich in der PSUV (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) organisieren. Die venezolanische KP erklärte dazu ruhig und entschieden, dass sie ein zuverlässiger Bündnispartner sei, sich aber keineswegs auflösen werde. Es gab

einige scharfe Töne von Chavez, aber die Angelegenheit blieb eine Episode. Die KP hat ihre Selbstständigkeit erfolgreich verteidigt und blieb eine der gewichtigen Kräfte, die die Revolution vorantreiben.

Diese Prinzipienfestigkeit würde man sich von manchen westeuropäischen Kommunisten auch wünschen,

nicht zuletzt von einigen deutschen. Auch hier macht eine politische Strömung, die sich als links versteht, einen Alleinvertretungsanspruch auf, allerdings ohne das Format eines Chavez zu haben – die Europäische Linkspartei und ihr deutscher Zweig, der sich schlicht und anmaßend „Die Linke“ nennt. Kommunisten dürfen und sollen mitmachen. Aber natürlich müssen



sie sich dazu unter das Programm der Linkspartei stellen. Wenn sie das nicht tun, setzt es den Vorwurf des Sektierertums, wie in Griechenland. Dann wird unterstellt, sie würden die Lektionen der Geschichte nicht lernen wollen und hielten in unseren modernen Zeiten des finanzgetriebenen Kapitalismus, Neoliberalismus, der Globalisierung, des „kollektiven Imperialismus“, der Ansätze zu einer kollektiv-imperialistischen Weltregierung, der internationalen Wertschöpfungsketten und transnationalen Kapitale etc. an der verstaubten Leninschen Imperialismus-Theorie fest. Das finden manche deutschen Kommunisten so attraktiv, dass sie sich in ihrer eigenen Partei zu Sprechern der Linkspartei machen.

### Wen vertritt Syriza?

In Griechenland beansprucht Syriza, die Linke zu sein. Ihr Kern ist die Partei Synaspismos, eine Abspaltung der KKE, Gründungsmitglied der Europäischen Linkspartei. Syriza wird von der griechischen KP so charakterisiert:

Sie unterstütze die griechische EU-Mitgliedschaft und die EU als solche, wie die bürgerlichen Parteien auch. Im Wahlkampf sei Syriza von privaten und staatlichen Medien gefördert worden. Der Präsident der griechischen Industrievereinigung habe eine „Regierung der nationalen Verständigung“ unter Einschluss von Syriza verlangt. Ein großer Teil der am meisten diskreditierten PASOK-Funktionäre habe im Wahlkampf Syriza unterstützt. Nachdem PASOK abgewirtschaftet hat, werde um Syriza herum eine neue Sozialdemokratie aufgebaut, um einer Radikalisierung den Weg zu verlegen. Der Syriza-Vorsitzende habe bei den G20 um ein „Klima des Vertrauens“ geworben und Obama als Beispiel einer realistischen und dem Volk nutzenden Krisenverwaltung dargestellt, ebenso wie den neuen französischen Präsidenten Hollande.

„Für eine lange Zeit wurden Mythen über die Rolle des Syriza in der Arbeiter- und Volksbewegung gesponnen. Zur Irreführung trug bei, dass Syriza als starke Oppositionskraft auf die Bühne trat, obwohl sie nicht den geringsten Beitrag zur Entwicklung der Kämpfe in den Betrieben, den Unternehmen, bei der Organisation der Streikämpfe und anderer Massenmobilisierungen geleistet hat.

In der Praxis war diese Partei ein Anhängsel der Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands (GSEE) und der Konföderation der Öffentlichen Angestellten (ADEDY), die als Werkzeuge des Kapitals fungieren und als arbeitgeber- und regierungstreue Gewerkschaften die Politik der Klassenkollaboration vertreten.“ Bei einer zentralen Wahlkampfveranstaltung des Syriza und in Anwesenheit ihres Vorsitzenden sagte der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, dass „*die KKE die Partei der Menschen ist, die noch am Leben sind, weil sie vergessen haben zu sterben*“, wofür er starken Applaus vom Publikum erntete. [1]

Es ist diese Partei, die die Sympathien von denjenigen DKP-Mitgliedern hat, die auch Befürworter des politischen Anschlusses an die EL sind, während der KKE Sektierertum unterstellt wird.

### Vergleich mit Lateinamerika sinnvoll?

In diesem Zusammenhang wird auf der DKP-Homepage *kommunisten.de* folgende Frage gestellt: „Vordem Hintergrund der Entwicklung in Griechenland hat auch in Europa die Debatte um die Beteiligung von KommunistInnen und der Linken an Regierungen zugenommen. Dienen Linksregierungen nur der Erneuerung des Kapitalismus oder bieten sie Möglichkeiten, um an die Überwindung des Kapitalismus heranzukommen?“

So wirft *kommunisten.de* die Frage auf. Und so kann sie natürlich nicht beantwortet werden. Ein Entweder-Oder gibt es hier nicht. Beides kann der Fall sein. Was in einer konkreten Situation – z. B. Griechenland – der Fall ist, kann nur konkret beantwortet werden, indem man analysiert, worum es sich inhaltlich handelt. Das Etikett Linksregierung genügt vielleicht für demagogische Zwecke, aber für eine Beantwortung der aufgeworfenen Frage taugt es nicht.

Was also könnte der Zweck einer Linksregierung in Griechenland sein und welche gesellschaftlichen Kräfte könnten sie tragen? Keine Antwort. Statt dessen wird mit einem Trick gearbeitet. Der gesamte weitere Artikel besteht in einer Erzählung über die Linksregierungen – in Lateinamerika.

Offensichtlicher Zweck: Bei den Lesern soll hängenbleiben, was in Lateinamerika geht, warum sollte das nicht auch in Griechenland gehen? Und wenn sich in Lateinamerika kommunistische Parteien an solchen Linksregierungen beteiligen oder sie unterstützen, dann müsste das doch auch die KKE tun?

Die Kärnerarbeit, hier zu überzeugen, muss Valter Pomar verrichten. Seine Rede wurde von Leo Mayer übersetzt. Ohne den Vorspann, der den politischen Zweck ihrer Wiedergabe bei *kommunisten.de* ausmacht, ist sie recht interessant. Sie vermittelt, wie ein führender brasilianischer nichtkommunistische Linker die Linksbewegung in Lateinamerika sieht. Aber auch hier ist charakteristisch, dass Leo Mayer für deren Erklärung nicht die Einschätzung einer Schwesterpartei heranzieht, sondern eben die Valter Pomars.

Pomar ist Führungsmitglied der brasilianischen Arbeiterpartei und Sekretär des Foro Sao Paulo. Über die Partei steht bei Wikipedia: „Gegründet wurde sie noch zu Zeiten der Militärdiktatur am 10. Februar 1980 in São Paulo als Zusammenschluss von Gewerkschaftsmitgliedern, damals unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Lula da Silva. Daneben beteiligten sich linke, befreiungstheologisch und ökologisch orientierte Gruppen und Einzelpersonen. Als Konsens innerhalb der Partei galt ein Sozialismus oder demokratischer Sozialismus. Neben der undogmatischen Linken gibt es auch kommunistische und trotzkistische Strömungen innerhalb der Partei.“ [3]

Sage mir, an wessen Einschätzungen du dich hältst, und ich sage dir, wer du bist.

### Quellen:

- [1] <http://de.kke.gr/news/news/2012/2012-06-29-arthro-marinoj/>
- [2] [www.kommunisten.de/Positionen/Analysen/Linksregierungen: Möglichkeiten und Grenzen](http://www.kommunisten.de/Positionen/Analysen/Linksregierungen/Moeglichkeiten_und_Grenzen)
- [3] [wikipedia.org/wiki/Partido\\_dos\\_Trabalhadores](http://wikipedia.org/wiki/Partido_dos_Trabalhadores)



# MIT DEM NEUEN DENKEN ZU NEUEN UFFERN

Zu Leo Mayers Text über Gramsci

Mit seinem Beitrag *Krise, Hegemonie und Transformation bei Antonio Gramsci* (Broschüre der DKP-Südbayern) versucht Leo Mayer, den großen italienischen Marxisten als Komplizen einzuspinnen. Der erste Versuch *Neues Denken* parteiweit einzuführen – die Thesen von 2010 – war nicht gerade auf ungeteilten Beifall gestoßen. Jetzt auf ein Neues: mit Gramsci im Boot und mit Hans Heinz Holz als Ko-Autor – denn der Tote kann sich ja nicht mehr wehren. Und schließlich – der Allergrößte als Überraschungsgast: Karl Marx. Aber alles schön der Reihe nach.

Der ausgemachte Gegner ist Lenin. Nicht mehr lässt sich, schreibt Mayer, „das traditionelle, sozialdemokratische, von Lenin im Hinblick auf die rückständigen Verhältnisse Russlands sogar radikalisierte Bild einer kommunistischen Partei aufrechterhalten, deren Funktion es sei, durch Agitation, Propaganda und Organisation einer unaufgeklärten Masse das sozialistische Bewusstsein ‚von außen‘ (bei)zubringen“. [1]

Nun ist Lenins Problem durchaus nicht die Unaufgeklärtheit der russischen Arbeiter – wie überhaupt die Unterdrückten zu allen Zeiten ein klares Gefühl für ihre Lage hatten, ob Spartakus im alten Rom, ob die Bauern um Thomas Münzer.

Lenin: „Wir haben gesagt, dass die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewusstsein *gar nicht haben konnten*. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, dass die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewusstsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m.

Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, histo-

rischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an.“ [2]

Mayer rühmt in schönen Worten den methodischen Fortschritt des Bildungswesens in den letzten hundert Jahren, von dem die Heutigen profitieren. Er versteht aber nicht (oder tut so, als verstünde er nicht), dass mit diesen fortgeschrittenen Methoden die alte bürgerliche Ideologie in die Köpfe gedrückt wird, bei jeder Gelegenheit, wie wir es täglich auf Schritt und Tritt erleben. Revolutionäres antikapitalistisches Denken kann nur erworben werden durch Aneignung aus der historisch-materialistischen Wissenschaft, also von *außen*.

Gramscis Ausführungen über Alltagsverstand berühren sich praktisch mit Lenins Begriff trade-unionistisches also gewerkschaftliches Bewusstsein. Nach Lenins Auffassung kann es sich unter Arbeitern spontan herausbilden. Mayer *missversteht* aber Gramscis *Alltagsverstand* als eine Art embryonalen historischen Materialismus, wenn er „die Funktion der Kommunistischen Partei und der ihr verbundenen Intellektuellen“ darin sieht, „zur Organisation und Systematisierung eines in den Massen bereits vorhandenen Wissens beizutragen“ [3] – obgleich Gramsci dieses Wissen ausdrücklich als „eine auseinanderfallende, inkohärente, inkonsequente Weltauffassung“ beschrieben hat, „der Beschaffenheit der Volksmengen entsprechend, deren Philosophie“ [4] sie sei.

Das *Hineintragen sozialistischen Bewusstseins* zurückzuweisen, das ist Leo Mayers eigentlicher Streitpunkt, deutlich gegen Lenin gerichtet. Mit kategorischem Verdikt belegt der Autor „die Methoden der Belehrung, der Aufklärung und der Agitation, die darauf

zielen, ein ‚falsches Bewusstsein‘ durch ein vermeintlich ‚richtiges Bewusstsein‘ zu ersetzen“ [5]. Seiner Akrobatik am Rand leninistischen Abgrunds offenbar bewusst, rudert Mayer im Widerspruch zu seiner Positionierung anscheinend wieder zurück: „Dabei gilt nach wie vor, was Lenin in seiner Schrift ‚Was tun?‘ entwickelte, dass die Arbeiterklasse nicht spontan durch ihr politisches Handeln zu einem sozialistischen Bewusstsein gelangen kann, sondern durch ‚wissenschaftliche Einsicht‘ oder, wie Engels schreibt [6], indem sich die Arbeiter zur ‚Marx’schen Theorie der Entwicklung aus ihrem eigenen Klassengefühl emporarbeiten‘“ [7]. Ist das nun Täuschung, Verwirrung?

Dem „Hineintragen von Klassenbewusstsein in die Massen“ stellt Mayer antithetisch die „selbstständige geistige Arbeit ganz konkreter Menschen“ [8] gegenüber – als wäre Ersteres überhaupt möglich ohne Letzteres. Das „eigene Klassengefühl“ (Engels) bei den Arbeitern, soweit vorhanden, ist dabei natürlich wertvolle Förderung.

Die *selbstständige geistige Arbeit ganz konkreter Menschen* hat es Leo Mayer überhaupt angetan – und das ist der passende Moment für ihn, seinen Überraschungsgast einzuführen, und zwar mit dem „Gedanken, jede Veränderung der Zustände“ müsse „mit einer Selbstveränderung der handelnden Subjekte verbunden sein“ [9], im Klartext: Verpflichtung des Menschen, sich selbst zu verändern, sonst klappt eine Veränderung der Zustände nicht. Nun sieht freilich Karl Marx in seiner dritten *These über Feuerbach* (die Leo als Quelle anführt) die Sache genau umgekehrt: In ihrer Arbeit, in ihrem Kampf, die Welt zu verändern, wächst den Menschen Qualität zu, steigern sie ihren Rang als Kulturwesen, erzieht der Erzieher sich selbst.

Originalton Marx: „Die (bisherige, J. H.) materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und der



Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie muss daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefasst und rationell verstanden werden.“ [10]

Marx kreidet den vormaligen Materialisten die Zweiteilung der Dinge an: Die einen ändern sie, die anderen, eingeschlossen sich selbst, nicht. Revolutionäre Praxis ist aber, die Umstände, inbegriffen sich selber, zu ändern. Aber freilich nicht, wie Mayer meint, *sich selbst* als Vorleistung.

Leo Mayers Resümee des *Neuen Denkens*: „(...) Das ist etwas anderes als die Methoden der Belehrung, der Aufklärung und der Agitation, die darauf zielen, ein ‚falsches Bewusstsein‘ durch

ein vermeintlich ‚richtiges Bewusstsein‘ zu ersetzen. Dies ist in erster Linie eine kulturelle und Aufgabe der Volksbildung und politischen Erziehung, die von den ‚organischen Intellektuellen‘ der Arbeiterklasse (die Kommunistische Partei bei Gramsci; heute eher ein Netzwerk von Parteien und Bewegungen, in dem die Kommunistische Partei eine wichtige Rolle spielen muss) geleistet werden muss.“ [11]

Leo Mayer vermengt Aufgaben der Volksbildung und der „politischen Erziehung“, hält daher konsequenterweise die Kommunistische Partei für ersetzbar durch ein Netzwerk von Bewegungen. Weg von Lenin – wohin geht die Reise?

#### Quellen:

- [1] Leo Mayer, Krise, Hegemonie und Transformation bei Antonio Gramsci. In: Broschüre der DKP-Südbayern. München 2012. S. 7
- [2] W. I. Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: Lenin Werke Bd. 5, Berlin 1973, S. 385
- [3] Mayer, a. a. O., S. 7
- [4] A. Gramsci, Gefängnishefte. Bd. 5, Hamburg 1993, S. 1039
- [5] Mayer, a. a. O., S. 8
- [6] F. Engels, Brief an Friedrich Adolph Sorge, Mai 1894. In: Marx Engels Werke Bd. 39, Berlin 1968, S. 245
- [7] Mayer, a. a. O., S. 8
- [8] Mayer, ebd.
- [9] Mayer, a. a. O., S. 6
- [10] K. Marx, Thesen über Feuerbach. In: MEW Bd. 3, Berlin 1969, S. 5
- [11] Mayer, a. a. O., S. 8



Daniel Bratanovic

## GRAMSCI – NICHT ALS KRONZEUGE GEEIGNET

Antonio Gramscis 75. Todestag und die vor diesem Hintergrund herausgegebene Broschüre der DKP-Südbayern mit Beiträgen von Leo Mayer und Hans Heinz Holz stellen den Anlass für eine erneute Auseinandersetzung innerhalb der Gesamtpartei dar. Dabei erweist sich, dass die Debatte um den italienischen Kommunisten lediglich eine neue Folie abgibt für eine Diskussion, die spätestens mit der Veröffentlichung der *Politischen Thesen* anhub. Dass dieser Streit nun ausgerechnet entlang der Bewertung des Werks von Gramsci verläuft, dürfte kein Zufall sein. Felix Klopotek hat in der Zeitschrift konkret eine provokante Behauptung ausgesprochen. Er schreibt dort, dass „etliche deutsche Marxisten, die plötzlich auf Gramsci schworen, (...) schon bald keine mehr“ waren. „Gramscis Schriften bargen kein Erfolgsrezept, sondern erwiesen sich als Aussteigerprogramm.“ [1]

Nüchtern betrachtet, dürfte diese Aussage überspitzt sein und ist als Vorwurf gegen Leo Mayer sicherlich von zu großem Kaliber. Und doch ist darin ein wahrer Kern enthalten. Spätestens seit

den Siebzigern musste Gramsci für allerlei postmoderne Ideologeme herhalten, die von jedweden klassenmäßigen Bezügen des Originals bereinigt waren. In der Regel interessierte man sich dort weder für ökonomische Verhältnisse noch für den Aufbau einer wirklichen Gegenhegemonie. Die Hegemoniefraße verkam zur Legitimationslehre der eigenen Tätigkeit auf kultureller Ebene.

### Den Leninisten Gramsci im Gesamtkontext sehen

Anlage und Verfasstheit von Gramscis theoretischer Hinterlassenschaft machen eine solche Verfahrensweise allerdings auch vergleichsweise leicht. Der Sarde hat kein systematisches Gesamtwerk hinterlassen. Die *Gefängnishefte (Quaderni del carcere)* präsentieren sich als ein schillerndes, facettenreiches Kaleidoskop – Gramsci war sich der Unabgeschlossenheit und Vorläufigkeit seiner Ausführungen bewusst. Einem Steinbruch gleich können und werden einzelne Versatzstücke aus den *Quaderni* herausgelöst, um den jeweiligen eigenen Standpunkt zu untermauern. Vergessen wird dabei zumeist

eine Einschätzung und Bewertung im Gesamtkontext. Gramsci war Leninist und ein hervorragender und origineller Denker der III. Internationale. Dass ihn dabei auch die Frage nach Rolle und Charakter der Kommunistischen Partei umtrieb, ist über jeden Zweifel erhaben. Ja, mehr als das: „Die Parteikonzeption ist das Zentrum, auf das hin alle Aufzeichnungen der Kerkerhefte ponderieren: Philosophie und Staatstheorie, Kulturtheorie und Theorie des Intellektuellen“, vermerkt Hans Heinz Holz. [2]

Bereits vor seiner Inhaftierung hatte sich Gramsci zu den Fragen der Partei ausführliche Gedanken gemacht und vermochte zudem Klartext zu sprechen – der Zwang, sich einer Sklavensprache zu bedienen, bestand hier noch nicht. Auf entscheidende Passagen aus dieser Zeit verweist der Landsmann und Philosophielehrer Alberto Burgio. Burgio hebt hervor, dass das Bewusstsein und die Organisationsstruktur nach Gramsci einen „untrennbaren Begriffszusammenhang“ [3] bilden. „Das Thema der Massenerziehung und der pädagogischen Funktion der Partei ist das sig-

nifikativ oft wiederkehrende Thema“ [4]. Gramsci im Originalton: „Etwas aus dem Proletarier zu machen, wo er vorher ein Nichts war, und ihm ein bewusstes Wissen nahezubringen: dies ist kurz gefasst, die ‚Mission‘ der Arbeiterpartei, jenes Teils des Proletariats, der sich die Theorie angeeignet hat und sie nun weitergibt.“ [3]

Dieser Argumentationsansatz wird nun in den *Quaderni* keineswegs unterbrochen; er äußert sich nur anders. Das wird in der Rezeption und Bewertung des großen neuzeitlichen Denkers Niccolò Machiavelli und besonders von dessen maßgeblicher Schrift *Der Fürst* deutlich. Bemerkenswert ist zunächst, dass Gramsci den Unterschied Machiavellis zu seinen Zeitgenossen hervorhebt: „Machiavellis Stil ist nicht der eines systematischen Traktatenschreibers, wie ihn sowohl das Mittelalter als auch der Humanismus hatten, ganz im Gegenteil: es ist der Stil eines Mannes der Tat, eines Mannes, der zur Tat anspornen möchte, es ist der Stil einer Partei-„Manifests“.“ [5]

Gramsci betreibt nun seinerseits keine scholastische Machiavelli-Interpretation. Ausgehend von der Annahme einer Linie, die vom Florentiner beginnend über die Jakobiner bis in seine Gegenwart hinübereagt, interessiert ihn die Frage, wie ein „moderner Fürst“ beschaffen sein müsste: „Der moderne Fürst (...) kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum sein, er kann nur ein Organismus sein; ein komplexes Gesellschaftselement, in welchem der Kollektivwille schon konkret zu werden beginnt, der anerkannt ist und sich in der Aktion teilweise behauptet hat. Dieser Organismus ist durch die geschichtliche Entwicklung bereits gegeben und ist die politische Partei, die erste Zelle, in welcher Keime von Kollektivwillen zusammengefasst werden, die dahin tendieren, universal und total zu werden.“ [6]

### Exzeptionelle Bedeutung der Partei

„Der moderne Fürst muss und kann nichts anderes als der Verkünder und Organisator einer intellektuellen und moralischen Reform sein, was schließlich bedeutet, das Terrain für eine Weiterentwicklung des populären nationalen Kollektivwillens zu bereiten,

um zu einer höheren und totalen Form moderner Zivilisation zu kommen.“ [7] Für diese Stelle dürfte die Vermutung naheliegend sein, dass Gramsci nur zurückhaltend formulieren darf, was er eigentlich meint: Die Herkunft und die Durchführung der Revolution. Zweierlei scheint hier im besonderen Maße hervor. Die exzeptionelle Bedeutung, die der Partei zukommt, und die damit untrennbar verknüpfte Herausbildung eines einheitlichen Willens – einer *vonté generale* – als unabdingbare Basis einer jeden Revolution. Die Partei fungiert in vorrevolutionären Zeiten – in Gramscis Terminologie: im Stellungskrieg – als Vermittler kollektiver Bewusstseinsinhalte und -formen der Massen. „Die Partei als Subjekt gesellschaftlichen Handelns wird zum Medium der Aufklärung.“ [8]

Ein solches Verständnis von Partei und Klassenbewusstsein bzw. einheitlichem Willen ist indessen doch deutlich verschieden von dem, was Leo Mayer in seinem Beitrag kundtut. Nämlich dann, wenn er sagt, dass für den Kommunismus im Westen ein Paradigmenwechsel vollzogen worden sei, indem Gramsci wieder an Marx anschliese und damit der Eindruck erweckt wird, es bedürfe nicht mehr der Vermittlung Lenins beziehungsweise der besonderen Rolle einer Kommunistischen Partei. Wenn er schreibt, dass es die Funktion der Partei sei, lediglich zur Organisation und Systematisierung eines in den Massen bereits vorhandenen Wissens beizutragen, ohne zu erklären, woher dieses Wissen denn kommen soll. Wenn er ausführt, dass mit den organischen Intellektuellen der Arbeiterklasse bei Gramsci noch die Kommunistische Partei gemeint gewesen sei, heute aber eher von einem Netzwerk von Parteien und Bewegungen auszugehen sei, in dem die Kommunistische Partei immerhin noch eine wichtige Rolle spielen müsse. Was letzteres angeht, so wird im Übrigen völlig übersehen, dass ein solches Konglomerat diverser Gruppierungen, auch wenn ihnen ein diffuses Unbehagen mit dem Bestehenden gemein sein sollte, nur die Widerspiegelung verschiedener Partikularinteressen darstellt, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unvermeidlich und beständig erwachsen und damit der Herausbildung eines einheitlichen und universalen Kollektivwillens gegenüberstehen.

Man muss nicht die Überzeugung von der Besonderheit und der unhintergehbaren Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei für die heutige Zeit teilen. Auf Gramsci sollte man sich dann aber redlicherweise nicht berufen.

### Quellen:

- [1] Felix Klopotek: Aussteigerprogramm, in: konkret 5/2012, S. 41
- [2] Hans Heinz Holz: Gramsci und Togliatti, in: ders.: Theorie als materielle Gewalt, S. 127
- [3] Alberto Burgio: Gramsci und die theoretische und politische Frage des Klassenbewusstseins; in: Hans Heinz Holz, Giuseppe Prestipino: Antonio Gramsci heute. Aktuelle Fragen seiner Philosophie, S. 36
- [4] a. a. O., S. 37
- [5] Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in zehn Bänden, S. 1575
- [6] S. 1537
- [7] S. 1539 f.
- [8] Hans Heinz Holz: Das historische Subjekt und der kollektive Wille, a. a. O., S. 102



# ISW ANALYSIERT DIE DEUTSCHE MONOPOLBOURGEOISIE WEG

Zwischen den isw-Vertretern Conrad Schuhler und Fred Schmid auf der einen Seite und Beate Landefeld und Hans-Peter Brenner auf der anderen gibt es eine Debatte über den Internationalisierungsgrad des Großkapitals in Deutschland und dessen Bedeutung.

## Behauptung 1

Landefeld zitiert die FAZ: „Noch aber übt bei 16 DAX-Unternehmen ein deutscher Großaktionär wesentlichen Einfluss aus. Fünfmal ist es der Staat. (...) Die meisten Großaktionäre sind jedoch die Familien der Unternehmensgründer oder der langjährigen Gesellschafter. (...) Wesentlich unübersichtlicher ist die Mehrheitslage bei den 14 Dax-Unternehmen ohne maßgeblichen deutschen Großaktionär. *Einen bestimmten ausländischen Anteilseigner gibt es nämlich nirgends.*“ [1]

## Behauptung 2

„Bei 23 der 30 Dax-Konzerne ist mehr als die Hälfte des Aktienkapitals in den Händen der Institutionellen, vorwiegend aus dem Ausland. Ähnliches trifft auch bei den staatlich kontrollierten und einigen Clan-Firmen zu.“ [2]

Die beiden Behauptungen schließen sich wechselseitig aus. Wem soll man glauben?

Um diese Frage zu beantworten, ist es nützlich, die Geschichte der Kontroverse zu rekapitulieren. Ihr Dreh- und Angelpunkt ist die These, die so genannte Globalisierung bringe eine internationalisierte „Finanzoligarchie“ hervor, die sich als herrschende Schicht innerhalb der Monopolbourgeoisie im Weltmaßstab durchsetze, eine internationale Herrschaft ausübe und sich die alten Nationalstaaten unterwerfe. Daraus folgt logisch, dass die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten zurücktreten – „kollektiver Imperialismus“. Leo Mayer: „Diese transnationale Finanzoligarchie bildet die herrschen-

de Kraft in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. In dem Maße, in dem sich ihre Interessen von den übrigen Sektoren der Bourgeoisie differenzieren und in ein antagonistisches (!) (...) Verhältnis zu ihnen treten, macht diese neue Finanzoligarchie wichtige Schritte zur Herausbildung einer eigenen Identität“ [3]. In den Anfangszeiten dieser neuen Theorie war sogar von einem bevorstehenden „kollektiv-imperialistischen Weltstaat“ die Rede und davon, dass „internationale Institutionen“ wie der IWF, die Weltbank oder die WTO dessen Embryo seien. Heute klingt das etwas kleinlauter. Es ist nur noch davon die Rede, dass die Nationalstaaten zwar fortbestehen, jedoch verwandelt sozusagen in Agenturen des internationalen Kapitals. Aber der Kern der These wird aufrechterhalten.

Abgeleitet wird sie von neuen Erscheinungen wie

- der Freigabe der Wechselkurse nach dem Zusammenbruch der Bretton-Woods-Währungsordnung Anfang der 1970er Jahre, der weitgehenden Freigabe des Kapitalhandels zwischen den imperialistischen und vom Imperialismus abhängigen Staaten; infolgedessen der Spekulation mit den Währungen selbst und einer ungeheuren Vervielfachung des Geldkapitals; und
- einer neuen Qualität der Internationalität der Produktion (Stichwort „internationale Wertschöpfungsketten“).

Leo Mayer meint: „Die Finanzspekulation ist heute eine notwendige Form der Reproduktion des Kapitals und der internationale Finanzmarkt zu einer selbstständigen Verwertungssphäre des Kapitals geworden“ [4]. Da liegt der Hund begraben.

Die neuen Erscheinungen werden als eine, wenn auch problematische Weiterentwicklung in der Kapitalverwertung angesehen („Turbokapitalis-

mus, finanzgetriebener Kapitalismus“), während sie in Wirklichkeit hauptsächlich Ausdruck des Verfaulens, des zunehmenden Parasitismus sind. In seiner Arbeit „Der Imperialismus als höchstes Stadium ...“ schrieb Lenin 1915 unter dem Abschnitt „Der Platz des Imperialismus in der Geschichte“: „Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Zahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen – all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen. Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des ‚Rentnerstaates‘, des Wucherstaates hervor, dessen Bourgeoisie in steigendem Maß von Kapitalexport und ‚Kuponschneiden‘ lebt.“ Dieses Stadium ist heute bis zu seiner äußersten Grenze entwickelt.

In der Sphäre des Kapitalhandels findet *Verwertung nicht statt*. Dort findet *Händewechsel* von Eigentumsansprüchen statt, mit dem kein Quäntchen Kapital verwertet wird, auch wenn noch so viele Millionen Handelsoperationen in Sekundenschnelle und rund um den Globus getätigt werden. Die *Handelsgewinne*, die diese Eigentumsansprüche so aberwitzig aufblähen, repräsentieren nicht den Wert eines Schraubchens. Es ist gerade umgekehrt: Die „Wert“papiere, die sich auf dem „internationalen Finanzmarkt“ herumtreiben, sind ein Maß für die Größe der *nicht verwertbaren* Kapitalmassen: Schuhler/Schmid schätzen, dass lediglich ein Drittel der Profite reinvestiert, also neuer Verwertung zugeführt wird, während zwei Drittel in der Sphäre des „Finanzmarkts“ bleiben.

Die „Eisberge“ der Sorte BlackRock, die Schuhler/Schmid schwimmen sehen, sind Ausdruck des Übergewichts des „Finanzmarkts“ über die Produktionssphäre – eines Kapitalismus, in dem das Kapital an sich selbst dadurch kanibalisches wird, dass sich „Finanzkapital“



mit zerstörerischen Konsequenzen die Produktionssphäre unterwirft; in dem der Kredit als Mittel der erweiterten Reproduktion von Kapital umschlägt in ein Mittel der Desorganisation von Produktion und Warenhandel.

Das Missverhältnis zwischen dem Anschwellen der Papierberge und den schwachen Wachstumsraten in den entwickeltsten kapitalistischen Regionen veranschaulicht, dass der angebliche Turbokapitalismus eher eine Schnecke mit zunehmendem Drang zum Rückwärtskriechen ist.

Zurück zur eingangs gestellten Frage, ob Landefeld/Brenner oder Schuhler/Schmid recht haben. Letztere relativieren die Bedeutung des von ihnen behaupteten mehrheitlich ausländischen Eigentums an den DAX-Konzernen selbst: „Aktienmehrheit heißt nun nicht, dass sie auch das Sagen haben: Dazu sind sie gegenüber den staatlichen und Clan-Blocks zu zersplittert.“ [5]

Aber diese Relativierung rückt das schiefe Bild nicht gerade. Es geht um den Kern der Internationalisierungs-These selbst. Hinsichtlich deren von Mayer ausgemachtem sozialen Träger, der angeblich herrschenden „transnationalen Finanzoligarchie“, geht es um die Frage: Wer ist das? Die Antwort ist: Eine solche Schicht, vorgestellt als Eigentümer von „Finanzkapital“, gibt es nicht. Es gibt die Monopolbourgeoisie, die sich aus der Kapitalistenklasse bis zu einem gewissen Grad herauslöst und zur herrschenden Schicht wird, aber ohne sich von ihrer Klasse politisch lösen zu können, weil sie diese und mindestens Teile des Kleinbürgertums als soziales Glacis zum Herrschen braucht. Diese Monopolbourgeoisie ist sowohl Eigentümerin von Produktionskapital als auch von Finanzkapital. Das Kapital kann sich nicht durch Krisen weiterentwickeln ohne Zentralisierung und Konzentration. Lenin zeigt im „Imperialismus“, dass es zum Verschmelzen von Industrie- und Bankkapital kom-

men muss, weil sich mit Hilfe von Finanzkonstruktionen, angefangen von Aktiengesellschaften, mit dem gleichen Kapital mehr Produktion beherrschen lässt. Die Konkurrenz zwischen den entstehenden Wirtschaftsgiganten nimmt dabei nicht ab, sondern zu, eben wie oben zitiert, „das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Zahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen.“

Wenn Leo Mayer sagt: „(...) gehe ich davon aus, dass die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EU und den USA bereits einen Grad erreicht hat, der es schwierig macht, von (...) zwei getrennten, konkurrierenden Blöcken zu sprechen. Es entsteht eine transatlantische Wirtschaftszone“ [6], sagt dazu ein Helmut Kohl: „Deutschland (...) kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“ [7]

Siebzehn Jahre später hat das „internationalisierte“ Deutschland seine Konkurrenten in der EU an den Rand des Ruins gespielt, sich zur Führungsmacht der EU aufgeschwungen und beansprucht in allen aktuellen internationalen Konflikten ein „Mitspracherecht“ als Weltmacht. Der deutsche Imperialismus ist dem US-amerikanischen noch bei weitem nicht ebenbürtig. Dieses Manko versucht er in einen Vorteil zu verwandeln, indem er sich an vielen internationalen Brennpunkten als der im Vergleich zum brutalen US-Imperialismus „weichere“, nicht so schnell auf militärische Gewalt setzende, zu profilieren versucht. Das macht ihn nicht weniger gefährlich für die Souveränität anderer Staaten – und für die deutschen Bürger, die die Weltmachtpolitik nicht nur mit Geld bezahlen müssen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutsche Monopolbourgeoisie.

#### Quellen:

- [1] „Ausverkauf der Deutschland-AG“, in: FAZ online 11. 5. 2011; zitiert nach [www.dkp-online.de/uz/4414/s1501.htm](http://www.dkp-online.de/uz/4414/s1501.htm), Beate Landefeld: Wer kontrolliert die DAX-Konzerne?
- [2] [www.kommunisten.de/Positionen/Analysen](http://www.kommunisten.de/Positionen/Analysen), Schuhler/Schmid: Wer beherrscht den DAX?
- [3] Leo Mayer: Modernes Finanzkapital; Vortrag auf der Konferenz Marxismus für das 21. Jahrhundert, Berlin, 2007
- [4] ebd.
- [5] a. a. O.
- [6] Seminar „Imperialismus – Globalisierung – Staat“, 4. zum Verhältnis USA–EU
- [7] Regierungserklärung 1991



# WIE DEN FASCHISTEN IN EUROPA DER BODEN BEREITET WIRD

Die sozialistische Niederlage 1989/90 in Europa, die der Imperialismus mit frenetischem Antikommunismus feiert, gibt bis heute weltweit faschistischen und reaktionären Kräften verschiedenster Couleur Auftrieb. Die Faschisten, engste Verbündete des Imperialismus in dessen Kampf gegen den Sozialismus, beanspruchen ihren Platz in der ersten Reihe der angeblichen „Sieger der Geschichte“.

## Ursachen nie beseitigt

Weder in Italien noch in West-Deutschland war nach dem Weltkrieg mit dem braunen Pack ernsthaft aufgeräumt worden. Stattdessen wurden die Nazis rehabilitiert und in höchste Staatsämter gehievt. Abgesehen von den Nürnberger Prozessen traf die so genannte Entnazifizierung in Deutschland mehrheitlich relativ unbedeutende Parteimitglieder, in Italien fand sie gar nicht statt. Von der Beseitigung der Ursachen von Krieg und Faschismus, wie es das Potsdamer Abkommen vorsah, ganz zu schweigen. Wie groß die faschistische Gefahr nach wie vor ist, zeigte sich nach dem 2. Weltkrieg erstmals in Griechenland, als dort 1967 mit dem Segen der CIA ein faschistisches Regime installiert wurde.

In der Bundesrepublik war es F. J. Strauß, der unbestrittene Führer der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“, der 1974 in seiner berühmten Sonthofener Rede klarstellte, aufzuräumen zu wollen, dass „bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.“ Gemeint waren nicht nur Kommunisten, sondern auch Mitglieder der SPD und viele andere [1]. Fast drei Jahrzehnte später drohte Berlusconi 2001 auf einem EU-Gipfel in Göteborg den damals noch mehrheitlich sozialdemokratischen Regierungschefs damit, mit der „Hinterlassenschaft der Linken“ aufzuräumen und Italien „von Kommunisten und Ex-Kommunisten (den Linksdemokraten) zu befreien.“ [2]

In Italien bildete Berlusconi, der seit den 1970er/80er Jahren dem Dreierdirektorium der faschistischen Putschlogie Propaganda due (P 2) angehörte, im April 1994 mit der faschistischen Alleanza Nazionale (AN), die aus der Mussolini-Nachfolgerpartei MSI hervorging, und der rassistischen Lega Nord eine Regierung. Die FAZ begrüßte das als Bruch eines „Tabus des Vergangenheitserbes“, feierte Italien als neue „Avantgarde“ und frohlockte, das werde „Auswirkungen im ganzen ‚westlichen‘ Europa“ haben [3]. Während die faschistischen Koalitionspartner des Italiens Mussolini und seine „guten Taten“ priesen, auf dem Balkan Grenzrevisionen forderten und Konzentrationslager für Homosexuelle verlangten, empfing Helmut Kohl den Mediendiktator, sprach von einem „historischen Augenblick“ für Italien und kaschierte die rechtsextreme Wende mit Sprüchen vom „gemeinsamen Aufbau der Demokratie in beiden Ländern“.

## Unterstützung durch die EU

1998 setzte Kohl mit der CDU/CSU in Straßburg die Aufnahme der faschistischen Forza-Partei Berlusconis in die Fraktion der Europäischen Volkspartei durch und erklärte, er habe „Europa nicht geschaffen, um es den Sozialisten zu überlassen“. Als der Mediendiktator im Mai 2001 im Bündnis mit AN-Führer Fini erneut die politische Exekutive übernahm, drückte die CDU/CSU die Hoffnung aus, mit dieser Regierung möge in der EU die Ablösung der sozialdemokratisch geführten Regierungen beginnen. Der damalige CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, lud den Faschistenfreund zum Staatsbesuch nach München ein. Eine weitere Einladung folgte demonstrativ nach den blutigen, brutalen Ausschreitungen der Berlusconi-Polizei auf dem G8-Gipfel in Genua für den Besuch des CSU-Parteitages in Nürnberg im Oktober 2001. Nach entschiedenen Protesten, darunter in der Bundesrepublik, wurde sie dann stillschweigend nicht wahrgenommen. [4]

Die EU trug dazu bei, Berlusconi und seine Bündnispartner hoffähig zu machen. Weder 1994, noch 2001 und schon gar nicht 2008 gab es Einwände gegen die Aufnahme bekannter und bekennender Faschisten, darunter frühere SS-Offiziere und Revanchisten oder offene Rassisten in die Regierungen Berlusconis. Widerspruchslos wurde 2002 die Nominierung Finis für den Konvent zur Ausarbeitung einer EU-Verfassung hingenommen. 2004 zog die Spitzenfaschistin und Enkelin des „Duce“, Alessandra Mussolini, ins EU-Parlament ein und wurde auch noch in den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres delegiert. Auch als der AN-Faschist Giovanni Alemanno im April 2008 Bürgermeister von Rom wurde und die Mussolini seinen Einzug ins Capitol vor Tausenden Anhängern mit Faschistengruß und „Viva il Duce“-Rufen als „Befreiung“ Roms von kommunistischer Herrschaft (die nie existierte) feierte, gab es nicht den geringsten Einwand.

## Schleichende Faschisierung in ganz Europa

Inzwischen erstarken die offen oder verschämt faschistisch agierenden Parteien in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Belgien über Schweden und Polen bis nach Tschechien und Ungarn. In Österreich wurde die FPÖ unter Jörg Haider schon 1999 mit 26,9 Prozent zweitstärkste Partei und beteiligte sich 2000–2002 an der Regierung der ÖVP. Nach einem Abstieg auf zehn Prozent und einer Spaltung holte sie 2008 im Bündnis „Zukunft Österreich“ wieder zum alten Stand auf.

140.000 Letten, die an der Seite der Hitlerwehrmacht in der SS-Legion kämpften und von denen viele sich an Kriegsverbrechen beteiligten, erhalten Renten, während Partisanen diskriminiert und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg billigte, dass sowjetische Partisa-

nen, die gegen die deutsche Besatzung kämpften, in Riga als „Kriegsverbrecher“ verurteilt wurden. In Litauen wurden zum 70. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die UdSSR Kollaborateure, die einen Aufstand gegen die Rote Armee begannen, als „Freiheitskämpfer“ gefeiert, der Holocaust relativiert und das Bündnis mit Hitler gewürdigt.

Wie in Italien hat sich auch in Budapest eine „antidemokratische Wende im Rahmen der Verfassung“ vollzogen. Das Gesetz, das die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt, wurde aufgehoben. Offener Antisemitismus hat an Boden gewonnen. Die Verbrechen der Horthy-Faschisten werden geleugnet und Kommunisten wieder verfolgt. Nationalismus, Rassismus und Pseudo-Antikapitalismus ergäben, von reichen Kapitalisten gesponsert, „eine sehr gefährliche Mischung“, schätzte der frühere Direktor und als Forschungsprofessor abgesetzte Philosoph G. M. Tamás ein. „Noch nie war es so schlimm wie heute. Außer unter Horthy und der deutschen Okkupation“ [5]. Im April 2011 verabschiedete der mit Zweidrittelmehrheit regierende Viktor Orbán von der ultrarechten Fidesz-Partei mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei an Stelle der bisherigen Verfassung ein Grundgesetz, das sich an deutschvölkischen Gesichtspunkten orientiert. Die ungarisch-sprachigen Minderheiten der Nachbarstaaten wurden der „einheitlichen ungarischen Nation“ einverleibt, die Staatsform „Republik“ wurde aus dem Staatsnamen getilgt und parlamentarisch-demokratische Grundsätze ausgehebelt. [6]

Thomas Metscher erklärte, was da nicht nur bei uns, sondern in vielen Teilen Europas abläuft, sei „eine schleichende Faschisierung unserer Gesellschaft, kein offener Faschismus, der hätte heute noch keine guten Karten, aber ein Prozess, der sich wie eine Krebserkrankung unter der Oberfläche vollzieht“ und führte als Beispiel das Sarrazin-Syndrom an. [7]

### **Bourgeoisie sondiert Anwärter für faschistische Massenpartei**

Die Weltwirtschaftskrise hat das Potenzial für die Faschisten erheblich verstärkt. In Griechenland erhielt die offene faschistische Partei *Chrysi Avgi* auf einen Schlag fast sieben Prozent, eine Partei, die für „Nation, Rasse und Volk“ kämpft und deren Führer im Athener Stadtparlament mit Hitlergruß auftrat. [8]

Es sieht so aus, dass wir wie zu Beginn der 1920er Jahre eine „Experimentierphase“ durchlaufen, „in der die zweckmäßigste Organisationsform und die massenwirksamsten Propagandamethoden und -lösungen sowie die erfolgreichsten ‚Führerpersönlichkeiten‘ aus der großen Zahl von Anwärtern auf die Rolle des ‚nationalen Retters‘ herausgefunden werden mussten und die faschistischen Bewegungen ihren Stil entwickelten.“ [9]

Zum Teil sind die Inhalte dieser Organisationen von Pragmatismus bestimmt. Die Faschisten bedienen sich für ihre soziale Demagogie selbst aus dem Gedankengut von Antifaschisten und Kommunisten. Doch das Bestimmende ihrer Ideologie ist ein extremer Rassismus, Nationalismus, Herrenvolkideologie, Antikommunismus und der Hass auf die Linke.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Bezeichnung „rechtspopulistisch“ für die offenen und verdeckten Erscheinungen des Faschismus eine gefährliche Verharmlosung. Die Bourgeoisie geht zweigleisig vor: sie rüstet zum einen den Staatsapparat auf für den Kampf nach innen wie nach außen und zieht sich zum anderen faschistische Organisationen als Hilfstruppen heran, lässt sie gegen Gewerkschafter und Linke vorgehen. Der Kampf gegen die faschistische Hetze darf nicht die Drahtzieher im Hintergrund außer Acht lassen und muss über ein „Nazis raus“ hinausgehen.

### **Quellen:**

- [1] Zitiert aus Bernt Engelmann. Das neue Schwarzbuch: Franz Josef Strauß. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1980. 5. veränderte Neuauflage, S. 177–200
- [2] Gerhard Feldbauer, in Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek, 23. 7. 2011
- [3] FAZ, 23. April 1994. Siehe auch Feldbauer: Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien. Berlin 1996; sowie Gerhard Feldbauer, Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute. PapyRossa, Köln 2008
- [4] „Eine Warnung vor Stoiber“, Ossietzky, 19/2002
- [5] G. M. Tamás: Noch nie war es so schlimm. ND, 14. Januar 2011
- [6] Arnold Schölzel: Verfassungsputsch. jW, 19. April 2011
- [7] Gespräch mit jW, 18. Dezember 2010. Von Thomas Metscher erschien „Logos und Wirklichkeit“, Frankfurt/M. 2010
- [8] SZ, 9. 5. 2012
- [9] Kurt Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP, Papyrossa Verlag 2012, S. 44



# ZUR BEDEUTUNG DES RECHTSPOPULISMUS

Ein Gespenst geht um in Europa. Nein, nein, es ist nicht der Kommunismus. Eine vermeintlich neue Erscheinung erregt die Gemüter: der so genannte „Rechtspopulismus“. Seine Vertreter führen einen „Kreuzzug“ gegen eine „marxistisch-islamische Allianz“ (Breivik) und haben bemerkenswerte Erfolge: In Frankreich der „Front National“, in der Schweiz die Schweizerische Volkspartei (SVP), in Österreich die FPÖ, in Schweden die „Schwedendemokraten“, in Norwegen die „Fortschrittspartei“, in Belgien der „Vlaams Blok“ usw.

Rechtspopulistische Parteien propagieren eine „Politik des kleinen Mannes“ und berufen sich auf das „christlich-jüdische Abendland“. Auch das Hetzen gegen die EU und die „etablierten Parteien“ gehört zu ihrem Repertoire. Sie grenzen sich meist verbal von offen faschistischen Parteien ab und stehen angeblich auf dem Boden der jeweiligen Verfassung. Auch legen sie ihren Schwerpunkt weniger auf einen offenen als auf einen versteckten Rassismus: die Kultur der Immigranten, vor allem des islamischen Kulturkreises, sei mit der hier im Lande nicht vereinbar. Der Islam wird als offene Bedrohung für das christliche Europa angeprangert, Migrantinnen und Migranten als „unproduktiv“ und als „Sozialschmarotzer“ beschimpft.

Bei genauerem Hinsehen erfüllen rechtspopulistische Parteien eine Vielzahl – wenn auch nicht alle – der zentralen Funktionen faschistischer Bewegungen, wie sie R. Opitz einst analysiert hat: „Auffangfunktion bzw. die Funktion der Ableitung und Umfunktionierung von Protestpotenzialen“, „Barometerfunktion“, „Alibifunktion für reaktionäre Regierungspolitik“, „aktive Antreiberfunktion in der Rechtsentwicklung“ sowie die „langfristige ideologische Umorientierungsfunktion“ [1]. Vor allem sollen sie bestehende Protestpotenziale in der Gesellschaft auffangen und deren Unmut in systemkonforme Bahnen lenken bzw. halten. Insoweit unterscheiden sie sich von anderen faschistischen Organisationen wie der NPD oder den so genannten „Kameradschaften“ nur

in der Qualität und der Zielgruppe ihrer sozialen Demagogie, die „gemäßigter“ ist und z. B. nicht vorgibt, antikapitalistisch zu sein. Zudem übernehmen die anderen faschistischen Organisationen auch noch andere Funktionen, wie z. B. die so genannte „Straßenkampf“- oder – besonders anschaulich am Beispiel des NSU – die „terroristische Einschüchterungsfunktion“.

Der so genannte Rechtspopulismus ist somit Bestandteil einer breiten „Arbeitsteilung“ rechtsaußen [2], die von der NPD und NSU über die PRO-Bewegung bis hin zu Sarrazin und der FDP reicht. Diese Arbeitsteilung ist gleichzeitig der Ausdruck des gegenwärtigen Entwicklungsstands der faschistischen Bewegung in Deutschland, die noch relativ zersplittert ist und daher nicht unmittelbar vor der Verwirklichung ihrer „besonderen geschichtlichen Funktion“ (Opitz) steht: der Ermöglichung des Übergangs zur terroristischen Diktatur des Finanzkapitals.

Dass dem so ist, liegt mitunter auch daran, dass die bürgerlich-demokratischen Integrationsmechanismen noch ziemlich erfolgreich sind. Insbesondere die Kernschichten der Arbeiterklasse werden von den Gewerkschaftsführungen auf sozialpartnerschaftlichem Kurs gehalten und setzen in ihrer Mehrheit auf den Standort Deutschland. Noch kann sich die Bourgeoisie auf die Sozialdemokratie verlassen. Noch gelingt es u. a. mithilfe der Medien, bei der Mehrheit der Bevölkerung die diffuse Wut auf den Kapitalismus zu kanalisieren.

## **Faschistisches Potenzial vorhanden**

Allerdings konnten faschistische Organisationen schon seit der Gründung der BRD auf ein stabil bleibendes reaktionäres Potenzial zurückgreifen. Meinungsumfragen ergeben, dass ein beständiger Anteil der Bevölkerung ein geschlossenes „rechtstextremes“ Weltbild habe, zur Zeit sind es knapp neun Prozent. Übrigens hüben wie drüben. [3]

Bereits nach der Wende 1989/90 hatten faschistische Organisationen

einen großen Aufschwung. Im März 1996 gewannen z. B. die „Republikaner“ (REP) bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg 437.000 Stimmen. Im April 1998 gewann die Nazipartei Deutsche Volksunion (DVU) 13,6 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Wahl in Sachsen. Damit wurden in Deutschland erneut wieder Faschisten in die Parlamente gewählt. Inzwischen sind die REPs bedeutungslos geworden, die DVU ging in der NPD auf, die ihrerseits z. B. in Sachsen als Massenpartei in großen Gesellschaftsschichten Fuß gefasst hat.

## **Die CSU unter Strauß als rechtspopulistischer Prototyp**

Die Bedeutung der CSU unter Franz Josef Strauß erreichte jedoch keine von den genannten Organisationen. Ihr Einfluss unter Strauß als Führer der „Sammlungspartei zur Rettung des Vaterlands“, wie Strauß die CSU auf dem Nürnberger Parteitag vom 5. Juli 1970 bezeichnete [4], bleibt bisher unerreicht. Strauß scharte rechtskonservative wie faschistische Kräfte im In- und Ausland um sich; er hatte die Vertriebenenverbände und die Burschenschaften hinter sich (traditionell eine Brutstätte faschistischen Gedankenguts) und zeigte so, was für ein Potenzial eine „rechtspopulistische Partei“ in Deutschland auch heute haben könnte. Auch Strauß bediente sich selber stets eines parlamentarisch-demokratischen Vokabulars, während der „Klartext“ von seinen faschistischen Anhängern zu hören war. So rief z. B. die NPD 1970 offen zur Wahl der CDU/CSU auf: „Stärkt die Opposition, verhelmt ihr wieder zur Macht! Franz Josef Strauß ist der kommende Mann – er löst Adolf Hitler nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten“, [5] waren damals die Verlautbarungen.

Nach dem Tod von Strauß wurde sein fähigster Schüler, Peter Gauweiler, von rivalisierenden CSU-Größen an den Rand gedrängt. Heute versucht die CSU wieder an alte Zeiten anzuknüpfen. Gauweiler profiliert sich seit Jahren als Kritiker der EU und beklagt den Machtverlust Deutschlands an die EU.

Mit der Forderung nach einem „Umbau des Parlamentarismus“ und „direkter“ Demokratie knüpft er bei Carl Schmitt, dem faschistischen Staatsrechtler, an.

### Hilfstruppen der Bourgeoisie

Obwohl sich die so genannten rechtspopulistischen Parteien auch heute von der NPD abgrenzen, sich bürgerlich und philosemitisch geben, ist ihr Erfolg mäßig. Die Parteien der PRO-Bewegung wie PRO-NRW, PRO-Deutschland, DIE FREIHEIT usw. krebsten bei unter einem Prozent herum, während ihre großen Brüder teilweise, wie in Italien oder in der Schweiz, sogar in der Regierung sitzen. Ein Sarrazin hätte sicherlich bei einer Parteigründung aus dem Stand großen Zulauf – doch noch hält ihn die SPD in ihren Reihen. Ein neuer Anlauf scheint jetzt mit den Freien Wählern gestartet zu werden, denen sich der ehemalige Präsident des BDI, Olaf Henkel, zugesellt hat, der gute Kontakte zum rechten Lager hält. Sie reiten auf der Anti-EU-Welle, und die „Junge Freiheit“ sieht in ihnen aussichtsreiche Kandidaten für eine neue Sammlungsbewegung. [6]

Sie alle sind natürlich bei der Bourgeoisie gern gesehen, helfen mit, das politische Klima immer weiter nach rechts zu verschieben. Strauß hätte sie als Hilfstruppen bezeichnet. Aber keine von ihnen schafft es, das große reaktionäre Wählerpotenzial hinter sich zu vereinen. Keine wird bisher offen vom Monopolkapital unterstützt. Die Sammlungsbewegung hat zur Zeit kein Zentrum. Das liegt letztlich auch am konkreten Entwicklungsstand des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Solange die bürgerlich-demokratischen Integrationsmechanismen greifen, besteht weder ein Interesse am Faschismus, noch ein ausreichender Nährboden, der der faschistischen Bewegung den qualitativen Sprung ermöglichen kann.

### Die Gefahr der Formierung

Dialektisch betrachtet besteht allerdings exakt darin, in der erfolgreichen Integration, gleichzeitig die Gefahr für den Bestand der bürgerlichen Demokratie: „So lange es dem Kapital gelingt, die Gesellschaft relativ friedlich nach seinem Rentabilitätsprinzip zu formieren, so lange ist es zwar noch nicht auf sein faschistisches ‚Reservepotenzial‘ angewiesen. Je radikaler und rücksichtsloser diese Formierung aber betrieben wird, desto mehr bereitet sie den Boden, auf dem dieses Potenzial gedeihen kann, aus welchem sich die Reserve rekrutiert – bis sie sich irgendwann wieder als reale (oder gar unumgängliche) Option zur Durchsetzung des Rentabilitätsprinzips aufdrängt.“ [7]

Aktuell betreibt die Bourgeoisie eine verschärfte Formierung, z. B. indem sie den Umbau des Staatsapparats forciert, ein demokratisches Recht nach dem anderen beseitigt, die Bundeswehr zur Interventionsarmee umbaut und den Einsatz der Bundeswehr im Innern faktisch durchgesetzt hat. Die parlamentarische Republik wird als nicht mehr zeitgemäß in Frage gestellt, die „lahme Dame Demokratie“ [8] sei autoritären Regimes unterlegen. Wolfgang Schäuble äußerte schon 1996: „Die Verfassung ist immer weniger das Gehege, in dem sich demokratisch legitimierte Politik entfalten kann, sondern immer stärker die Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahmlegt.“ [9]

Die Hauptgefahr für die bürgerliche Demokratie geht (momentan und prinzipiell) vom Staatsapparat selbst, von seinen aktuellen Formierungstendenzen aus. Es ist daher dringend an der Zeit, dass sich die Antifaschisten nicht bloß auf den Widerstand gegen faschistische Aufmärsche konzentrieren, sondern ihn mit dem Kampf gegen die Staatsgewalt und die Formierung der Gesellschaft verbinden und aufklären, woher die faschistische Gefahr wirklich kommt.

### Quellen:

- [1] Vgl. Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Band 2: Neofaschismus in der Bundesrepublik, Köln 1988, S. 14–16
- [2] Vgl. Phillip Becher, „Arbeitsteilung“ rechtsaußen. In: Marxistische Blätter, 1-2012.
- [3] Vgl. die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, 2006, fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom\_Rand\_zur\_Mitte.pdf
- [4] Spiegel vom 3. 5. 1971
- [5] „Interne Informationen“ vom 8. 6. 1970 des CSU-Freundeskreises
- [6] Vgl. Junge Welt vom 25. 6. 2012
- [7] Thomas Lühr, Die NPD als Saboteur im Klassenkampf. In: Marxistische Blätter, 6-2007
- [8] Herfried Münkler, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mai/Juni 2010, S. 10–17
- [9] FAZ vom 13. 9. 1996



# „VERORDNETER ANTIFASCHISMUS“ – MITTEL ZUR DELEGITIMIERUNG DER DDR

*Der Begriff „verordneter Antifaschismus“ wurde 1987 von Ralph Giordano geprägt und gleich als Kampfbegriff verwendet. Er soll zur ideologischen Delegitimierung der „staatlichen Herrschaft in der DDR“ beitragen. Wenn man naiv an den Begriff herangeht, klingt er erst einmal nicht schlecht: gute Medizin wird meistens auch vom Arzt verordnet. Würdest du in diesem Sinne zustimmen, dass Antifaschismus in der so genannten Sowjetisch Besetzten Zone und dann in der DDR tatsächlich verordnet wurde?*

E. B.: Ich würde den Vergleich mit dem Arzt nicht unbedingt übernehmen, weil der Arzt ja keine Staatsmacht ist, er kann nur raten. Auf dem Territorium der DDR in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dann beim Aufbau des Sozialismus wurde Antifaschismus jedoch mit Gesetzeskraft durchgesetzt und als vorherrschende Ideologie verbreitet, wurden durch Gesetze, durch Anwendung von Gewalt die Aktivitäten faschistischer Organisationen unterbunden. Im diesem Sinne: Ja, wir haben den Antifaschismus kraft der Staatsorgane gesichert.

*Zur ideologischen Waffe wird der Begriff m. E. durch zwei in ihm enthaltene Vorwürfe. Ich nenne zunächst den ersten. Das ist der Vorwurf der Heuchelei, des Etikettenschwindels, der im Kern darauf hinausläuft: Nach außen hin einen auf Antifaschismus machen, aber in Wirklichkeit Nazis in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Einfluss nehmen lassen, was einen Bruch „mit autoritären und totalitären“ Staatsformen verhindert habe. Als Beleg werden Nazis in hohen Ämtern aufgelistet, die beim Aufbau der neuen Ordnung eine Rolle spielten.*

E. B.: Der Vorwurf des Etikettenschwindels trifft nicht zu. Wir haben deutlich gemacht, dass wir gegen den Faschismus, gegen die Herrschaft der reaktionärsten, am meisten am Krieg interessierten Elemente des Finanzkapitals sind. Deshalb sagten wir dieser Klasse den Kampf an, diesem Teil der Kapitalistenklasse, dem Monopolkapital, die den

Faschismus zur Sicherung seiner Herrschaft und zur Kriegsvorbereitung braucht. Deshalb war unser antifaschistischer Kampf immer antiimperialistisch. Getreu dem Schwur, den die Häftlinge bei der Befreiung leisteten, wollten wir den Faschismus mit den Wurzeln ausrotten. Das hieß nicht nur Verbot aller faschistischen Aktivitäten, sondern auch die Beseitigung seiner materiellen Grundlagen.

Deshalb beschlossen wir die Volksabstimmung zur Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und enteigneten die Monopolbourgeoisie auf der Grundlage von Verordnungen. Ebenso verwirklichten wir die Bodenreform, die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer. Die Durchführung oblag den gewählten Bodenreformkommissionen. Ausgehend vom Potsdamer Abkommen und den Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates durften Nazi-Lehrer nicht mehr unterrichten. Nach vielen Diskussionen, an denen sich die Schulreformer aktiv beteiligten, verwirklichten wir die Schulreform. Alle faschistischen Gesetze wurden außer Kraft gesetzt und alle Mitglieder der NSDAP wurden aus der Justiz entfernt.

Alle diese Aufgaben mussten von den neuen Staatsorganen bewältigt werden. Diese grundlegenden revolutionären Veränderungen konnten wir nur deshalb verwirklichen, weil wir die Einheit der Arbeiterklasse geschaffen hatten. Wichtig für die Umsetzung des Programms der antifaschistischen Umwälzung war, dass die sowjetische Besatzungsmacht das Potsdamer Abkommen umsetzte, dass die Besatzungsmacht aus Klassengenossen bestand. Wir haben unsere Absichten nicht verschleiert; wir haben sie theoretisch begründet und verwirklicht. In Wechselwirkung mit all den genannten revolutionär-demokratischen Maßnahmen wurde der Kampf gegen faschistische und militaristische Auffassungen, gegen den Antikommunismus aufgenommen. Schon im September 1945 wurde am Deutschen Theater „Nathan der Weise“ aufgeführt. Jedes Theaterstück, jeder Film, jedes Buch, jedes Parteilehrjahr,

jede Diskussion, jedes Lied forderte Entscheidungen in ideologischen Fragen und im täglichen Leben.

In Hetzartikeln der bürgerlichen Presse werden Mitglieder der Nazi-Partei aufgezählt, die am demokratischen Aufbau beteiligt waren. Natürlich gab es das. Wir haben bei jedem geprüft, wie seine Stellung zum Faschismus war. Wir haben selbstverständlich auch mit Angehörigen der faschistischen Armee, die im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ organisiert waren, die aktiven Widerstand gegen das Hitlerregime leisteten, zusammengearbeitet. Einen Globke jedoch, der bei Adenauer Staatssekretär war, einen Geheimdienst, der vom Nazireich übernommen wurde, das hat es bei uns nicht gegeben.

*Der zweite Vorwurf ist der, dass nur die Kommunisten als Helden und Opfer gewürdigt wurden, nicht jedoch die Verfolgung und Vernichtung der Juden, Behinderten oder der Sinti und Roma.*

E. B.: Dieser Vorwurf leugnet die Tatsachen. Es gab zahllose Bücher und Berichte über die Grausamkeiten in den Gefängnissen und Lagern und in den besetzten Ländern gegenüber allen Völkern, Klassen und Religionen. Auch die Verfolgung der Juden war Gegenstand vieler Forschungsvorhaben, Analysen und Anklagen. Eine große Rolle spielten Kinderbücher, die sich gegen Rassismus jeder Art richteten.

Wir wollten aber nicht nur das Leiden der Opfer zeigen, sondern auch den Widerstand gegen die Herrschaft der Faschisten. Dieser Widerstand wurde besonders von Gefangenen, die aus der Arbeiterbewegung kamen, geleistet. Dass die Kommunisten in diesen Kämpfen an der Spitze standen und sich opferten – das ist historische Wahrheit.

*Wo gab es aus deiner Sicht tatsächlich Probleme in der Bewältigung des Faschismus? Was ist weniger oder gar nicht gelungen?*

E. B.: Das Problem bei der Bewältigung des Faschismus bestand vor allem darin,

dass wir es ja mit einer Bevölkerung zu tun hatten, die bis fünf Minuten nach 12 ihre Peiniger nicht zum Teufel gejagt hatte. Man muss die Situation bedenken, dass die Rote Armee in Berlin um jedes Haus, um jede Straße kämpfen musste. Aber die gleichen Menschen waren auch Opfer des faschistischen Krieges geworden. Deshalb wollten wir alle Maßnahmen mit der größtmöglichen Beteiligung der Bevölkerung umsetzen. Ich denke nur an die Enteignung der Kriegsverbrecher, die wir mit einem Volksentscheid in Sachsen umgesetzt haben. Die Werk tätigen in Hessen hatten einen ähnlichen Wunsch; das wurde dort verhindert. Wir konnten es umsetzen, weil wir eine Besatzungsmacht hatten, die den gleichen Klassenauftrag im Auge hatte wie wir. Genauso haben wir die Bodenreform umgesetzt. Auf dem Felde haben wir den Boden verteilt, den wir den Junkern weggenommen haben. Die Bauern standen dabei; sie haben nicht heimlich den Junkern etwas weggenommen, sondern öffentlich, auf der Straße, mit Gesetzeskraft.

Unser Problem bei der Bewältigung des Faschismus war die ideologische Aufklärung. Viele Leute distanzieren sich von den schlimmsten Taten der SS.

Aber wenn die Väter und Großväter von ihren Leiden im Krieg und der Gefangenschaft erzählten, dann verschwiegen sie die Taten, die sie begangen haben oder geschehen ließen. Das hat bei nachfolgenden Generationen durchaus noch Wirkung zeigen können. Wir haben lernen müssen und haben gelernt, dass man den Faschismus, die Tendenzen des Faschismus, seine Wurzeln, mit jeder Generation neu bearbeiten, seine Einflüsse neu beseitigen musste. Und das war eine Schwierigkeit, von der ich nicht weiß, ob wir sie in allen Etappen immer bewältigt haben. Was sich aber nach dem „Anschluss der DDR“ gezeigt hat, war, dass bei allen Umfragen auf dem ehemaligen Territorium der DDR weniger Rassismus vorhanden war im Vergleich mit den alten Bundesländern. Das beginnt sich zu verändern.

*Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. Die These vom „verordneten Antifaschismus“ ist, wie gesagt, Teil der Kampagne zur Delegitimierung der DDR und damit Bestandteil des ideologischen Klassenkampfes. Geht es dabei nicht auch um die Deutungshoheit über den Inhalt des Begriffs „Faschismus“?*

E. B.: Im Deutschen Bundestag wird der Opfer des Holocaust gedacht, aber von den Wurzeln des Faschismus hören wir kein Wort. Im Gegenteil, die Ursachen werden bestärkt. Das ist Zynismus schlimmster Art.

Ja, es geht beim „Verordneten Antifaschismus“ darum, das Wesen des Faschismus zu verschleiern. Die DDR wird angegriffen, weil sie der Tradition des Antifaschismus treu geblieben ist. Deshalb werden Straßen umbenannt, Denkmäler und Gedenkstätten geschändet. Sie wollen uns unsere Erinnerungen, unser Leben nehmen. Wir sollen nicht mehr den Zusammenhang von Imperialismus und Militarismus-Faschismus begreifen. Wir sollen unfähig gemacht werden, Widerstand zu leisten. Wir aber wissen: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ (Bertolt Brecht).

*Die Fragen stellte Helmut Dunkhase.*



## SPENDENÜBERGABE IN ASPROPYRGOS – ZEICHEN DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT

Am 16. 6. 2012 überreichte Genosse Udo Paulus vor dem Werkstor des Stahlwerks Chalyvourgia in Aspropyrgos der Streikleitung 2500 Euro und damit die dritte Tranche der gesammelten Spenden. In Rizospastis, dem Zentralorgan der KKE, erschien daraufhin ein Bericht über die Spendenaktion von „Theorie und Praxis“. Insgesamt gingen **7825 Euro** an Spendengeldern ein.

### **Auszüge aus der Grußadresse:**

(...) Ich komme heute im Auftrag der Spenderinnen und Spender zu euch, um euch ihre solidarischen Grüße zu überbringen und euch direkt 2500 Euro der Spendensumme zu überreichen. Die vorherigen Spenden und noch mehr wurden bereits auf euer Streikkonto überwiesen. (...)

Lieber Jorgos (Sifonios), lieber Dimitris (Liakos) darf ich euch die Spenden persönlich weiterreichen? Seid versichert, wir werden weiter solidarisch an eurer Seite stehen.

Aber wir begreifen die Sammlung von Spenden für eure Streikkasse vor allem auch als Aufgabe des Klassenkampfes im eigenen Land. Wir nutzen sie, um über die Krise und ihre Ursachen, zu denen das verheerende Lohndumping der deutschen Exportindustrie gehört, zu informieren. Unserer Verantwortung gegenüber der griechischen Arbeiterklasse sind wir uns bewusst und versuchen, der Hetze der deutschen Regierung und der bürgerlichen Presse entgegenzutreten und die deutsche Arbeiterklasse zum Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern zu gewinnen. Das wäre ein erster Schritt zu einem wahrhaften Internationalismus. Die Unterstützung einer kämpfenden Klasse durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe muss zur Entwicklung des revolutionären Kampfes *im eigenen Lande* dienen.

Überall, wo sich die Arbeitenden gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zur Wehr setzen, ist Chalyvourgia!

# ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE

„Dass die Gewaltenteilung eine wechselseitige Kontrolle und damit eine Einschränkung der herrschenden Klasse bei der Durchsetzung ihrer Interessen bedeute, ist eine Illusion, die von den tatsächlich wirksamen politischen Gestaltungsmächten im Kapitalismus absieht.“  
(Hans Heinz Holz, *Sozialismus statt Barbarei*, S. 84)

Ulrich Huar

## DIE MACHT IST UNTEILBAR

(...) Keine herrschende Klasse hat in der bisherigen Geschichte jemals die Macht mit einer anderen Klasse geteilt. Machtbeteiligung vollzieht sich in der Regel über Klassenbündnisse, realisiert über deren politische Institutionen, wenn Übereinstimmung in wesentlichen Interessen bei gleichzeitigen Interessenunterschieden und -gegensätzen besteht. (...) Völlige Interessenübereinstimmung in einer Klassengesellschaft – und die sozialistische ist noch eine Klassengesellschaft! – ist unmöglich.

Da es keine Machtteilung geben kann – außer in einem provisorischen Übergangsstadium, in dem die alte herrschende Klasse die Macht nicht mehr allein behaupten, die zur Macht strebende Klasse die Macht noch nicht allein ausüben kann, die Machtfrage also noch nicht entschieden ist, gibt es in der sozialistischen Gesellschaft auch keine Gewaltenteilung, die es in der bürgerlichen Gesellschaft auch nur in der Phraseologie gibt.

Die bürgerliche These von der Gewaltenteilung als Voraussetzung einer „freien Regierung“ wurde von Marx als „alter Verfassungsunsinn“ bezeichnet. „... nicht die *Trennung* ist die Voraussetzung für eine ‚freie Regierung‘, sondern die *Einheit* der Gewalten. Die Regierungsmaschinerie kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert und geheimnisvoll zu machen.“ [1]

Eine andere Frage ist die Gliederung der machtausübenden Institutionen, ihre Selbstständigkeit in ihren Entscheidungen im Sinne der alten industriellen Arbeitsteilung. Diese Selbstständigkeit bedeutet keine Unabhängigkeit! (Unabhängigkeit ist ein politischer Begriff. Es gibt keine politische Unabhängigkeit einer Staatsinstitution

von der herrschenden, machtausübenden Klasse). Unabhängigkeit von der machtausübenden Arbeiterklasse wird es nicht geben, wohl aber Selbstständigkeit der Institutionen im Sinne ihres Handelns und ihrer Verantwortung im Kontext der Machtausübung der Arbeiterklasse und der Realisierung ihrer sozialen Interessen.

(Aus: *Wir Kommunisten, die bürgerliche und die sozialistische Demokratie*, *Weißenseer Blätter* 3/1997)

### Ulrich Huar: Aufhebung der Gewaltenteilung in der DDR

Die geschichtlichen Erfahrungen mit „Gewaltenteilung“ in der Weimarer Republik sowie mit zwölf Jahren faschistischer Diktatur bestimmten wesentlich die praktisch-politische und theoretische Arbeit der KPD und SPD, ab April 1946 der SED bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der SBZ und der Ausarbeitung der Verfassung von 1949, die dann in der DDR in Kraft trat. Ohne diese Erfahrungen ist die Geschichte der DDR nicht zu verstehen.

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung war gekennzeichnet durch eine Reihe grundlegender Reformen: Bodenreform, Schulreform, Verwaltungsreform, Justizreform, Neugestaltung des Kulturlebens. Die Verwendung des Reformbegriffes in dieser Zeit hatte historische und politische Gründe. Zwölf Jahre terroristischer faschistischer Diktatur und 2. Weltkrieg hatten das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse weitgehend ausgelöscht. Die KPD hatte unter der faschistischen Diktatur die meisten Opfer unter den deutschen politischen Gegnern des Systems gebracht. Kommunisten waren die ersten Opfer des faschistischen Terrors. Klassenbewusste Arbeiter bildeten nach 1945 eine Minderheit unter

den Arbeitern und eine Miniminderheit in der Gesamtbevölkerung (...)

Es war durchaus begründet, von „Reformen“ zu sprechen, aber dieser Begriff war zugleich irreführend. Denn es handelte sich nicht nur um Reformen, sondern um einen revolutionären Prozess, nämlich um die Entmachtung der imperialistischen Kräfte, der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, der Militaristen, deren Rückgrat die Konzerne, Banken und die junkerlichen Großgrundbesitzer waren.

Die „Reformen“ holten nach, was die bürgerlich-demokratischen Revolutionen 1848 und 1918 versäumt hatten. Walter Ulbricht meinte, es wäre „unrichtig, diese gesellschaftliche Umwälzung als ‚Reformwerk‘ zu bezeichnen. Der Kapitalismus wurde nicht reformiert, sondern die entscheidende kapitalistische Kraft, die Konzern- und Bankherren, wurden entmachtet. (...) Diese gesellschaftliche Umwälzung erfolgte im Ergebnis der Katastrophe Deutschlands und seiner militärischen Niederlage. Da die deutsche Arbeiterklasse nicht die Kraft aufzubringen vermocht hatte, durch große Kampfaktionen entscheidend zum Sturze der faschistischen Herrschaft beizutragen, musste die *Schaffung der Grundlage einer friedlichen Ordnung mit Hilfe der Sowjetarmee* erfolgen.“ [2]

Beim Aufbau demokratischer Verwaltungen von unten nach oben sowie in der Ausarbeitung der Verfassung einer gesamtdeutschen demokratischen Republik wurde von den Autoren bewusst die Gewaltenteilung aufgehoben. Wenn sich die Verfechter der „Gewaltenteilung“ auf Montesquieu beriefen, so konnten die Autoren der Verfassung einer deutschen demokratischen Republik sich theoriegeschichtlich auf Rousseau berufen. Rousseau ging in



seinem politiktheoretischen Denken vom Volksganzen aus. Das Volk sollte sowohl Träger als auch Repräsentant des Staates sein. Die Gesetze verstand er als Willensausdruck des Allgemeinwillens (*volonté générale*). Die Volkssouveränität war für ihn unteilbar. Folgerichtig lehnte er damit auch die Gewaltenteilung ausdrücklich ab. Die Staatsgewalt ist unteilbar. „Das Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, muss auch ihr Urheber sein; nur denen, die sich zu einer Gesellschaft zusammenschließen, steht es zu, die Bedingungen der Gesellschaft zu regeln.“ [3]

Desgleichen lehnte Rousseau das Repräsentativsystem ab. Die Souveränität könne weder veräußert noch vertreten werden. Sie bestehe wesentlich im Allgemeinwillen, und der Wille ließe sich nicht vertreten. „Die Abgeordneten des Volkes sind also nicht seine Vertreter und können es gar nicht sein; sie sind nur seine Beauftragten und dürfen nichts endgültig beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht als Person bestätigt hat, ist null und nichtig ...“ [4]. Das englische Volk meine frei zu sein, aber es täusche sich außerordentlich; „... nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; haben diese stattgefunden, dann lebt es wieder in Knechtschaft, ist es nichts.“ [5]

Die Idee der Volkssouveränität griff Marx als Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ im Revolutionsjahr 1848 auf, in der er in mehreren Artikeln – z. T. gemeinsam mit Engels – die Kriterien einer revolutionären Versammlung darlegte. Er verwarf die These, wonach die Gewaltenteilung „erste Bedingung einer freien Regierung“ sei, als „alten Verfassungsunsinn“. „Die Voraussetzung für eine ‚freie Regierung‘ ist nicht

die *Trennung*, sondern die *Einheit* der Gewalten. Die Regierungsmaschinerie kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert und geheimnisvoll zu machen.“ [6]

Die Autoren der Verfassung einer deutschen demokratischen Republik konnten sich sowohl auf das theoriegeschichtliche Erbe der französischen Revolution als auch auf die politiktheoretischen Erkenntnisse von Marx stützen.

Die Volkskammer einer deutschen demokratischen Republik war als höchstes Organ konzipiert. Die Regierung war der Volkskammer untergeordnet. Die Richter wurden von der Volkskammer berufen, aber nicht mehr auf Lebenszeit eingesetzt; sie konnten jederzeit abberufen werden. Es gab keinen „Staatsgerichtshof“, keine „übergeordnete“ Kontrolle der Volksvertretung. Die Justizorgane waren unabhängig gegenüber der Regierung, den Verwaltungen, *nicht* aber gegenüber der Volksvertretung. Es gab keine Macht, die die Gesetze der Volkskammer aufheben oder die Volkskammer auflösen konnte. Dies konnte sie nur selbst. Ein Novum war das Ausmaß, in dem die Rechtsprechung nicht nur durch Berufs- sondern auch durch Laienrichter erfolgte. Das war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass 80 Prozent der Richter als Angehörige der NSDAP durch ihre „Rechtsprechung“ im „Dritten Reich“ belastet und unglaubwürdig waren.

(...) „Die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Richter, wie sie in der Weimarer Republik bestand, würde die Aufrechterhaltung der Sonderrechte

einer Kaste und ihre Unabhängigkeit von der Demokratie bedeuten. Die Justiz hat in der Weimarer Republik unter der Maske der Unabhängigkeit dem Wiederaufbau der Reaktion gedient und sogar mitgeholfen, die Demokratie zu erdrosseln und dem Faschismus den Weg zu bereiten. Ich darf daran erinnern, dass das Reichsgericht sich in der Weimarer Republik das Recht herausnahm, vom Parlament beschlossene Gesetze für null und nichtig zu erklären.

Wir sagen offen, dass die Justiz ein Teil der demokratischen Staatsordnung ist und die Aufgabe hat, diese zu schützen, indem sie die faschistischen und militaristischen Feinde der Demokratie unterdrückt.“ [7]

(Aus: „Historische und politiktheoretische Aspekte einer nichtbürgerlichen Demokratie in der SBZ/DDR 1945 bis Juli 1952“, *Weißenseer Blätter* 2-1999)

#### Quellen:

- [1] Karl Marx, Die Konstitution der Französischen Republik, angenommen am 4. 11. 1818, MEW Band 7, S. 498
- [2] Walter Ulbricht, Referat, 11. Tagung des Parteivorstandes der SED, 29./30. Juli 1948, GdA Bd. 3, S. 226
- [3] Jean Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig 1978, S. 70
- [4] Ebd., S. 122
- [5] Ebd., S. 122
- [6] Karl Marx, Die Konstitution der Französischen Republik, angenommen am 4. 11. 1818, MEW Band 7, S. 498
- [7] Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 107



*Robert Steigerwald*

## WIE IST DAS MIT DER GEWALTENTEILUNG UND DER GEWALTENTRENNUNG?

Die Konzeption der Gewaltenteilung kam im vorrevolutionären bürgerlichen Denken auf, als die Bourgeoisie noch nicht stark genug war, die ganze Macht, alle Gewalt für sich zu fordern, also die Feudalen aufforderte, die Gewalt mit der

aufkommenden Bourgeoisie zu teilen – natürlich, von Ausnahmen abgesehen, eine illusorische Forderung. Sobald die Bourgeoisie dazu fähig war, die ganze Macht in ihre Hände zu nehmen, wollte sie diese keinesfalls etwa mit der ent-

stehenden Arbeiterklasse teilen. Nun nahm diese Forderung eine andere Gestalt an: Die ganze Gewalt in die Hände der Bourgeoisie! Aber die Instrumente der Ausübung von Gewalt, das legislative, exekutive und das judikative In-



strument, sollten so voneinander abgetrennt, geteilt werden, dass keines von ihnen – die jedoch alle Instrumente der Bourgeoisie an der Macht waren und sind! – in die Kompetenzen des anderen eingreifen kann. So sollte jenen Willkürhandlungen etwa des Souveräns die Möglichkeit genommen werden, die man aus der Geschichte kannte. Gewaltenteilung nein! Gewaltentrennung ja! Aber es handelt sich bei aller Trennung um Gewalten der Bourgeoisie.

### **Wie stellen sich die Dinge in unseren Sozialismus-Vorstellungen dar?**

Abgesehen davon, dass wir nicht von Gewaltenteilung zwischen Klassen sprechen, wäre daran zu erinnern, dass es auch im Kampf der Arbeiterbewegung eine vergleichbare Position gab und gibt! Was anderes ist die Forderung nach Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle – wenn sie nicht von revisionistischen und opportunistischen Kräften verfälscht wird! – als das durch Massenkampf anzustrebende Eingreifen in Entscheidungsmechanismen des Kapitals – also als eine Form der „Gewaltenteilung“?

Worum es uns geht, gerade auch angesichts von Erfahrungen mit dem realen Sozialismus, das ist die Trennung der legislativen, exekutiven und juristischen Gewalt als Gewalten ein und derselben politischen und sozialen Klassenkräfte des Sozialismus. Und auch da, um der Gefahr von Willkürhandlungen einen Pflock entgegenzusetzen. Zu verhindern, dass Staatsorgane Gesetze – Gesetze des sozialistischen! Staates – verletzen. Was die Bourgeoisie konnte, sollten wir auch können: Eine Justiz eigenen Klassencharakters zu schaffen, die sich um die Einhaltung der sozialistischen Verfassung und der sozialistischen Gesetze kümmert. Ich wüsste nicht, was gegen die Einrichtung eines Verfassungsgerichts in einem sozialistischen Staat sprechen könnte!

Um vor dem Irrtum zu bewahren, staatliche Macht erschöpfe sich im Problem der Gewaltentrennung, sei darauf verwiesen, dass die drei genann-

ten Instrumente der Macht nicht mit der Macht selbst verwechselt werden dürfen, sie sind gewissermaßen nur Abgeleitetes von der eigentlichen Machtgrundlage, den letztlich bestimmenden Produktions- und Eigentumsverhältnissen. An der kapitalistischen Macht änderte sich dem Wesen nach nichts, als der Faschismus die Gewaltentrennung beseitigte! Auch im Sozialismus wird die letzte Grundlage der sozialistischen Macht nicht durch die abgeleiteten Instrumente von Macht bestimmt, sondern von den sozialistischen Produktionsverhältnissen!

Was die Missachtung historischer Erfahrungen angeht, wer missachtet die eigentlich – jene, die Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen bemüht sind oder jene, die nicht einmal über diese Lehren nachdenken, darüber diskutieren, sondern dem Wesen der Sache nach empfehlen, so fortzusetzen, wie man aufgehört habe – und womit man in die Niederlage geraten ist!

Nach meinem Dafürhalten wirkt hinter den eben angeführten Problemen ein weiteres als theoretische Grundlage. Es handelt sich darum, wie Kommunisten an das Problem der proletarischen Diktatur herangegangen sind, wie wir – undialektisch – uns zu Fragen verhalten haben, die vom revolutionären Bürgertum im antifeudalen Kampf entwickelt, später aber von ihm selbst mit Füßen getreten worden sind und bis zum heutigen Tag getreten werden. Es sind das Fragen der Menschenrechte (als ob es nicht in der „Internationalen“ hieße, wir erkämpften das Menschenrecht!), der (eben besprochenen) Teilung bzw. Trennung der Gewalten der jeweiligen Klassendiktatur, also einerseits der bürgerlichen, andererseits der proletarischen. Die Konzeption der Sowjets – unterschieden von jener Friedrich Engels über die demokratische Republik als möglicher Form der Diktatur des Proletariats –, im Prozess der russischen Revolution aufgekommen, überwand diese Theorie der Gewaltentrennung, da die Sowjets die legislative, exekutive und juristische Gewalt in sich vereinigt-

ten. Damit war aber ein Problemfeld entstanden, das sich im historischen Verlauf erst deutlich zeigen sollte: Dass nämlich eine der drei Gewaltmechanismen willkürlich in die anderen eingreifen konnte, was de facto zur Verletzung, gelegentlich sogar Außerkraftsetzung von Gesetzen der sozialistischen Staatsmacht, sozialistischen(!) Gesetzen, ihrer Ersetzung durch Willkürhandlungen möglich wurde.

Es gibt keinen plausiblen Grund – wegen des Umgangs der Bourgeoisie mit ihren „geheiligten“ Prinzipien – unsererseits darauf zu verzichten, uns von der Geschichte geradezu eingebläute Lehren zu missachten. Solche Missachtung war aber einer der Gründe, die zur Herausbildung autokratischer Züge der proletarischen Diktatur führte, mit den äußerst schwerwiegenden Folgen.

Es handelt sich gewissermaßen um eine linke Abweichung bei der Behandlung des Problems der Diktatur des Proletariats.

Darauf reagierten die so genannten eurosozialistischen Parteien nicht mit Vorschlägen zur Korrektur des Fehlers, sondern durch das gleitende Übergehen auf die Position der bürgerlichen Demokratie – also einer Rechtsabweichung! –, womit sie zu Gefangenen der sozialdemokratischen Tendenzen wurden, was zur Zerstörung der kommunistischen Parteien geführt hat.

Wenn ich es richtig sehe, läuft die Behebung der beiden Probleme auf eine Konzeption der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft hinaus, welche die Staatsfrage auf der Grundlage der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und der zu ziehenden Lehren aus unserer Niederlage zu lösen versucht. Ich halte die Sozialismusvorstellungen der DKP als Versuch, diese Probleme zu beantworten.

*Quelle: unsere zeit, 25. 10. 2002*



# INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE IN DER SED

In dem 1997 erschienen Handbuch „Die SED – Geschichte – Organisation – Politik“ wird der Kern unserer Parteiauffassung so dargestellt: „Die Partei (führt) als Avantgarde fern vom Volk und über ihm die als hilflos erscheinenden Arbeiter in eine Zukunft, die ihnen gemäß ist, aber die sie nicht verstehen können. Die Führung fasst die Beschlüsse, und ... die Arbeiter führen sie aus.“ [1] Trifft es zu, dass – wie bürgerliche Ideologen (einschließlich solcher in der PDL) behaupten – „der als leninistisch begriffene Parteityp“ die Hauptursache unserer Niederlage war? [2]

## Die Notwendigkeit einer Leninistischen Partei

Eine Partei ist eine Vereinigung, die die grundlegenden Interessen einer Klasse (oder eines Teils der Klasse) durchzusetzen sucht. Die SED war der Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der DDR und als solcher über Jahrzehnte die erfolgreichste Partei in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Unsere Politik war auf die Bewahrung des Friedens und die Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft – einer Gesellschaft, in der die Arbeitsergebnisse denen zugutekommen, die die Arbeit leisten – gerichtet. Natürlich stieß das vom ersten bis zum letzten Tage unseres Wirkens auf die erbitterte Gegenwehr der Nutznießer von Krieg und Ausbeutung, von außen und von innen. Den Kampf gegen diese Kräfte zu führen, das gelingt nicht mit einer Schwatzbude, in der nur Phrasen gedroschen werden.

Es ist unzutreffend, dass Lenins Parteiauffassung nur für spezifisch russische Verhältnisse oder nur Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Berechtigung gehabt hat. Die Masse der Unterdrückten und Ausgebeuteten steht heute wie damals – und zwar in der ganzen Welt – einem gut organisierten, erfahrenen, brutalen und raffinierten Feind gegenüber, der über alle Machtmittel verfügt; heute zusätzlich über die Möglichkeiten der Massenmanipulation mittels modernster Medien. Ihm ist weder mit bloßem Parlamentarismus noch mit unorganisierten Ausbrüchen des Mas-

senunmuts beizukommen. Deshalb bedarf es zur Errichtung der neuen Gesellschaft einer sachlichen Analyse der bestehenden Verhältnisse und einer wissenschaftlich begründeten Strategie, die nur von einer Vorhut erarbeitet werden kann. Und für diese Strategie gilt es dann, die Massen zu mobilisieren. Solange wir das klug getan haben und in der Sowjetunion einen verlässlichen Verbündeten hatten, konnten wir der erheblich stärkeren BRD trotzen. In den letzten Jahren wurden wir diesen Ansprüchen jedoch immer weniger gerecht.

## Der demokratische Zentralismus

Das Organisationsprinzip einer marxistisch-leninistischen Partei ist der demokratische Zentralismus. Er beinhaltet die Wählbarkeit aller leitenden Organe von unten nach oben, deren periodische Rechenschaftslegung, die Kollektivität der Leitungen, eine strenge Parteidisziplin, die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, die Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Parteiorgane und die aktive Mitarbeit der Mitglieder bei ihrer Verwirklichung. Die Diskussion über offen stehende Fragen wird vor ihrer Entscheidung offen und demokratisch geführt, nach der Beschlussfassung gilt das Prinzip der einheitlichen Disziplin für ihre Durchführung.

Diese Grundsätze folgen übrigens denen aus dem bereits 1847 auf seinem I. Kongress in London angenommenen Statut des Bundes der Kommunisten [3]. Sie sind entscheidend für die Einheit und Geschlossenheit der Partei sowie für die Initiative und Eigenverantwortung der Genossen und ihrer Parteilokale und somit für die Kampfkraft. Unveräußerliches Prinzip der innerparteilichen Demokratie sind Kritik und Selbstkritik, die Pflicht, furchtlos und ohne Ansehen der Person Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen, gegen Schönfärberei und die Unterdrückung der Kritik aufzutreten.

## Zur praktischen Anwendung der Grundsätze

In der Praxis erwies sich die Verbindung des notwendigen Zentralismus und der erforderlichen selbstständigen Initiative der Parteimitglieder oft als gar nicht so einfach.

Ein Beispiel: Nach dem konterrevolutionären Putsch 1953 stellten ZK und Bezirksleitung den bisherigen Erste Kreissekretär von Berlin Prenzlauer Berg, den erfahrenen und kampferprobten Franz Fischer in Berlin Trepow – einem wichtigen industriellen Schwerpunkt der Hauptstadt – in gleicher Funktion zur Wahl. Den Prenzlauer Genossen wurde als Nachfolger ein Genosse vorgeschlagen, der Angehöriger des Nationalkomitees Freies Deutschland gewesen war, zuvor jedoch in der faschistischen Wehrmacht als Leutnant gedient hatte. In den Delegations-Vorberatungen erklärten die Genossen, sie würden keinen ehemaligen Wehrmachtsoffizier wählen. So sehr Vertreter des ZK und der Bezirksleitung auch ihren Vorschlag verteidigten – er fiel durch und die verdiente Antifaschistin Änne Saefkow musste zusätzlich zu ihrer Arbeit als Bürgermeisterin noch fast neun Monate als Erste Kreissekretärin wirken.

Ob zwei mal zwei vier ist oder ob das Fallgesetz gilt oder nicht, kann nicht Gegenstand einer Diskussion oder Mehrheitsentscheidung sein. Aber z. B. wichtige Maßnahmen für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung sollten schon mit denjenigen, die sie betreffen, zuvor erörtert werden. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED in Prenzlauer Berg 1968 begründete der Obermeister der Schlachtung, Genosse Gerhard Preuk, um wie viel vorteilhafter eine gründliche Rationalisierung des Berliner Fleischkombinats wäre, als ein Neubau auf grüner Wiese. Die bereits weit fortgeschrittene Planung des zuständigen Ministeriums musste nach nochmaliger Durchrechnung entsprechend geändert werden. Genossen aus dem Berliner Backwarenkombinat kritisierten den Import einer Anlage von Werner & Pfleiderer (Stuttgart),



die zwar eine höhere Produktivität, nicht aber die Beseitigung der schweren körperlichen Arbeit brachte. Die Anlage musste umgerüstet werden. Die Berliner Genossenschaftsbauern überzeugten den Sekretär des ZK, Genossen Werner Felfe, sich für die Obstvermostung einzusetzen. Die Verwirklichung ihrer Vorschläge verbesserte die Versorgung der Berliner und die Einkünfte der Bauern.

### **Folgen der Verletzung der Parteiprinzipien**

Objektive und subjektive, innere und äußere, wirtschaftliche und politische Faktoren gehörten zu den Ursachen unserer Niederlage Ende der 1980er Jahre. Zu den von uns beeinflussbaren zählte die mangelhafte Beachtung grundlegender Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei. Wenn Wunschbilder an die Stelle nüchterner Analyse treten, Schönfärberei statt schonungsloser Offenheit herrschen, ja sogar Kritik unterdrückt wird, dann kostet das mindestens so viel Vertrauen wie fehlende Ersatzteile und unbefriedigter Investitionsbedarf. Verletzungen der innerparteilichen Demokratie, die Vermeidung von „Fehlerdiskussionen“, Beispiele des Administrierens oder des Ausweichens vor heißen Debatten, Ungeduld von Führenden und Unerfahrenheit anderer Genossen gab es auch früher. In einer Partei, die das Sagen hat, gibt es Mitläufer und auch Karrieristen. All das hatte jedoch überhandgenommen.

Der Vorwurf, aus falsch verstandener Parteidisziplin gehandelt zu haben, trifft mich auch persönlich. Am 17. Oktober 1985 hielt der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Genosse Konrad Naumann, Mitglied des Politbüros des ZK, einen Vortrag an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, in welchem er, das Manuskript beiseite schiebend und die Brille absetzend – als Zeichen, dass er offen reden wollte – unsere Wirtschafts-, Wissenschafts-, Informations- und Kulturpolitik scharf kritisierte. Ich war damals einer der Sekretäre der SED-Bezirksleitung Berlin. Für uns kam es völlig überraschend, als Erich Honecker zuerst uns, dann die Ersten Kreissekretäre und schließlich die gewählte Bezirksleitung davon informierte und erklärte, jemand, der solche Ansichten vertrete, könne nur krank sein, und eben wegen dieser „Krankheit“ müsse er von seinen Funktionen entbunden werden. Als Nachfolger empfahl er uns den bisherigen ND-Chefredakteur Schabowski. Auch ich hob zu diesen Vorschlägen die Hand; mir wäre nie in den Sinn gekommen, wenn der Generalsekretär der Partei das begründete, etwas anderes in Erwägung zu ziehen. Schabowski entpuppte sich nach 1989 als übler Renegat, der seinen Verrat vornehm einen „Paradigmenwechsel“ nannte. Jetzt können wir in Erich Honeckers „Letzten Aufzeichnungen“ lesen, dass er die Ablösung Naumanns selbst als Fehler betrachtete. [4]

Um auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen: War die Leninsche Parteauffassung Ursache unserer Niederlage von 1989? Meiner festen Überzeugung nach: ganz im Gegenteil! Gerade da, wo wir sträflich die Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei verletzen, verloren wir an Vertrauen in der Arbeiterklasse, in der ganzen Bevölkerung, ja sogar in der eigenen Mitgliedschaft. Gerade damit büßten wir unsere Führungsrolle ein. Aus unseren Erfahrungen – den Ursachen unserer Erfolge und den Gründen unserer Niederlage – zu lernen, ist unabdingbar für eine künftige revolutionäre sozialistische deutsche Arbeiterpartei.

*\* Der Autor war von 1971 bis 1984 Erster Kreissekretär der SED in Berlin Prenzlauer Berg, von 1984 bis 1989 Sekretär der SED Bezirksleitung Berlin. Seit 2001 ist er Vorsitzender der Berliner Regionalgruppe des Rotfuchs Fördervereins.*

#### **Quellen:**

- [1] A. Herbst, G. R. Stephan, J. Winkler: Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Berlin 1997. S. 2 und S. 100
- [2] H. Mayer: Nur eine Partei nach Stalins Muster? in: Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 51. Berlin 1998. S. 1 und S. 59
- [3] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Berlin 1965. Teil I, S. 21
- [4] E. Honecker: Letzte Aufzeichnungen. Für Margot. Berlin 2012. S. 39



## **LESERBRIEFE**

*Kurt Gossweiler*

### **ZUR BUCHBESPRECHUNG VON „KAPITAL, REICHSWEHR UND NSDAP“ DURCH SEBASTIAN CARLENS**

(...) insgesamt gesehen, habe ich Grund dafür, dem Genossen Sebastian Carlens für seine Besprechung des Buches Dank zu sagen.

Mein Hauptanliegen in diesem Buch war es, die weit – auch bei Linken – verbreitete falsche Kennzeichnung des Klassencharakters des Faschismus als

Bewegung des radikalisierten Kleinbürgertums, für die sich die Großbourgeoisie erst Ende der 1920er Jahre interessiert habe, nachdem sie zu einer Massenbewegung geworden war, zu widerlegen

Der Fehler einer solchen Einschätzung liegt darin, den Klassencharakter

des Faschismus nach seinem Massenanhang zu bestimmen, statt danach das Instrument welcher Klasse er ist.

Ich weise dem gegenüber nach, dass die deutsche Monopolbourgeoisie schon im 1. Weltkrieg nach Mitteln und Wegen suchte, große Teile der Arbeiterklasse zu „nationalisieren“, also mit

nationalistischem und chauvinistischem Geist zu erfüllen, um eine konterrevolutionäre Massenbasis auch in der Arbeiterschaft zu finden.

Ein solches Bemühen konnte aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn man dem in der Masse der Arbeiter verankerten Streben nach einer gerechten Sozialordnung – nach Sozialismus eben – Rechnung trug.

Ein solches Bestreben, eine zum Sozialismus strebende Arbeiterschaft zu „nationalisieren“, führte geradezu zwangsläufig dazu, der Arbeiterschaft eine Bewegung anzubieten, die beides – Sozialismus und Nationalismus – vereinte. Den Anfang dazu machte im 1. Weltkrieg bereits der „Alldeutsche Verband“.

Die Niederlage und die Novemberrevolution haben diese Bemühungen verstärkt und vervielfältigt und zur Gründung der NSDAP, der „Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei“ geführt.

Das heißt, die Bewegung eines „Nationalen Sozialismus“ war keine spontane Bewegung eines radikalisierten Kleinbürgertums, sondern verdankt ihre Entstehung dem Bemühen der reaktionärsten Elemente der Monopolbourgeoisie, zur Sicherung ihrer

Herrschaft auch in der Arbeiterschaft eine Massenbasis zu gewinnen.

Das ist in den Jahren der Weimarer Republik insofern misslungen, als die auf die Arbeiterklasse zielende Losung eines „nationalen Sozialismus“ und die zum Einbruch in die Arbeiterbewegung geschaffene NSDAP dort die gewünschte Wirkung verfehlte, und die Nazi-Partei statt dessen durch die Ruinierung großer Teile des Kleinbürgertums in der Weltwirtschaftskrise dort eine große Anziehungskraft entfaltete und ihren Massenanhang im durch seine Existenzkrise radikalisierten Kleinbürgertum fand.

Soviel zu dem, was ich mir in der Rezension gerne deutlicher herausgestellt gesehen hätte.

Direkt falsch ist die folgende Aussage in der Rezension: „Ließe sich nur eine Schlussfolgerung aus dem Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei ziehen, dann diese: die einzige Ideologie des Faschismus ist der Pragmatismus.“

Das ist eine Verharmlosung der faschistischen Ideologie.

Die Ideologie des Faschismus – das ist die äußerste Zuspitzung der Ideologie der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals:

Nach Innen:

- Antikommunismus; brutalste Unterdrückung jeglicher Opposition und jeden Widerstandes bis zur physischen Vernichtung im Innern;

Nach Außen:

- Nationalismus, Chauvinismus, Herrenvolksideologie: Wir sind das Herrenvolk, die anderen sind minderwertig und dazu da, uns zu dienen;
- Rassismus und extreme Fremdenfeindlichkeit;
- Verherrlichung des Krieges, Expansionismus bis hin zum Streben nach Weltmacht und Weltherrschaft – um nur das Wichtigste zu nennen.

Einseitig und darum unrichtig ist auch das Folgende: „*Ausschließlich ihre Fähigkeit, eine möglichst große Massenbasis in den Dienst der herrschenden Klasse zu stellen, ist für die Gunst der Bourgeoisie entscheidend.*“ (Ebenda)

Hier wird völlig außer Acht gelassen, dass es nicht nur die auf eine Massenpartei gestützten faschistischen Regimes gibt, sondern auch faschistische Diktaturen, die sich auf das Militär stützen, dass es also verschiedene Spielarten der faschistischen Regime gibt, worauf bereits Dimitroff hinwies, und was ich im ersten Kapitel (S. 18ff) zitiere.

Sebastian Carlens

## ANTWORT AN KURT GOSSWEILER

Genosse Kurt Gossweiler hat an zwei Punkten meiner Rezension seines Buches „Kapital, Reichswehr und NSDAP“ Kritik geübt, auf beide Aspekte möchte ich kurz eingehen. Im ersten Fall geht das schnell, denn dort besteht m. E. kein inhaltlicher Widerspruch.

Alle faschistischen Ideologien haben das Ziel, eine möglichst große Massenbasis, über Klassenschranken hinweg, in den Dienst der herrschenden Klasse zu stellen, schrieb ich – daher sei der Pragmatismus (gemeint im philosophischen, nicht im alltäglichen Wortsinne) ihre letzte und einzige Ideologie. Genosse Gossweilers Kritik an dieser Formulierung ist richtig. Hier bedarf meine Darstellung einer nötigen Ergänzung: Selbstverständlich gibt der Auftrag, den faschistische Kräfte durch die herrschende Klasse erhalten – Antikommunismus und Unterdrückung nach innen, Chauvinismus, Nationalismus und Hegemonialbestrebungen nach außen

– den Rahmen eines faschistischen Programms vor. Doch innerhalb des gegebenen Rahmens, und das war in meiner Rezension der entscheidende Aspekt, besteht geradezu der Zwang zur ideologischen Flexibilität. Denn Einbrüche in Arbeiterklasse und Kleinbürgertum sind nur möglich, wenn deren objektive soziale Interessen demagogisch aufgegriffen, phraseologisch integriert und pseudorevolutionär verbrämt werden. Wie das „sozialistisch“ und die „Arbeiter“ im Parteinamen der NSDAP Ausdruck dieser nötigen ideologischen Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit waren, ist es auch das „demokratisch“ im Namen der NPD.

Dem zweiten Kritikpunkt des Genossen Gossweiler an meiner Formulierung zur Notwendigkeit einer faschistischen Massenbewegung liegen womöglich unterschiedliche Einschätzungen zugrunde. Ohne eine Mobilisierung „der Straße“ – mit paramilitärischen wie

zivilen Verbänden, durch „plebiszitäre“ Elemente und Mobilisierung von kriminellen und gewalttätigen Subjekten – werden auch zukünftige faschistische Bewegungen (in den imperialistischen Metropolen und höchstentwickelten kapitalistischen Ländern!) vermutlich keine Aussichten auf eine Übertragung der Macht erhalten. Diese Feststellung lässt sich m. E. nicht für sämtliche abhängigen Länder generalisieren, denn faschistische Regimes der Peripherie sind dem Charakter nach abgeleitete Faschismen. Sie wären nicht denkbar ohne imperialistischen Hegemon (der selbst nicht faschistisch sein muss, das Verhältnis südamerikanischer Militärdiktaturen zu den USA zeigt dies). Doch uns interessieren die imperialistischen faschistischen Systeme. Ihre historischen Vorläufer zogen in der Weimarer Republik genau diese Konsequenz aus den gescheiterten Versuchen, mit tradierten militaristisch-deutschen nationalen Programmen eine Mehr-



heit gegen die Republik zu gewinnen. Gerade der misslungene Kapp-Putsch (der allerdings nicht in erster Linie daran scheiterte, sondern an einer – noch – zu guten Teilen revolutionären Arbeiterschaft) illustriert die Gründe: alleine auf Bajonette und Massenmedien gestützt lassen sich vielleicht Länder ohne ausdifferenzierte Klassenlage, ohne Arbeiteraristokratie und abwärtsbedrohtes Kleinbürgertum erobern und regieren, nicht imperialistische Metropolen, in denen die Bourgeoisie über große Erfahrung und viel-

fältige Mittel im Spalten ihrer Gegner verfügt.

Nicht die historischen Erscheinungsformen einer SA oder einer NSDAP werden sich wiederholen – diese waren selbst nur Ausdruck einer damals erfolversprechenden Anpassung an verbreitete Symbole, Stilmittel und Ausdrucksformen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, solcher der Arbeiterbewegung oder der bündischen Jugend beispielsweise. Es ist der militante Massencharakter faschistischer Bewegungen, verbunden mit einem

demagogischen Aufgreifen der „brennendsten Nöte und Bedürfnisse“ der Massen (Dimitroff), der in einer zeitgemäßen Form wiederbelebt werden könnte. Die Formen kennen wir noch nicht, doch auch hier wird eine Auslese durch „Versuch und Irrtum“ die am ehesten geeigneten aussortieren. Die Potenziale eines Fußballchauvinismus, einer rechtspopulistischen Anti-Euro-Partei oder einer antiislamischen Massenbewegung lassen sich bereits erahnen, aber noch lange nicht in allen Konsequenzen absehen.

## WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

*In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.*

*Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.*

Klaus Linder

## DIE DKP IN DEN BERLINER MIETENKÄMPFEN

Alle Innenstadtbezirke Berlins sind von Mietenexplosion, Wohnungsnot und Mieterverdrängung betroffen. Auch „Normalverdiener“ verkraften die Steigerungen nicht mehr. Mietaufkommen ab 50 Prozent des Einkommens sind in Berlin keine Ausnahme. Nachdem einzelne Genossinnen und Genossen in Mietenkämpfen bereits punktuell eingegriffen hatten, beschloss die DKP Berlin in ihrer Handlungsorientierung 2012 Wohnungs- und Mietenpolitik als stadtpolitischen Schwerpunkt.

Immer neue Teilkämpfe flammen auf, zahlreiche Haus- und Kiezinitiativen entstehen. Der organisierte Widerstand gegen Investoren, Bauindustrie und Immobilienfonds hat das Potenzial, ein wichtiges Feld des Klassenkampfes zu werden. Doch Differenzen über Organisations- und Kampfformen, Bündnispartner und Gegner lassen den Zusammenschluss der verschiedenen Initiativen kaum über eine lose „Vernetzung“ hinauskommen. Monopolistische Immobilienkonzerne vertreiben

Tausende aus ihren Wohnungen, und statt z. B. die Forderung nach Rekommunalisierung zu unterstützen, ist Stadt und Staat nur an deren kapitalistischen Renditeinteressen gelegen. Dennoch richtet sich der Zorn meist noch gegen „Baulöwen“, „besserverdienende“ Zugezogene oder „Yuppies“. „Korruption“ und „Mafia“ werden angeprangert, allenfalls „die Parteien“ und „die entfesselten Finanzmärkte“ als Verursacher benannt. Der Einfluss des in der Wohnungsfrage mit betroffenen Kleinbürgertums zeigt sich im Eindringen der kleinbürgerlichen Ideologie.

Das politische Ziel der DKP ist es dabei, die Auswirkung der Profitpolitik auf die Stadt zu analysieren, die richtigen Forderungen einzubringen und durchzusetzen und so ein starkes antimonopolistisches Bündnis zu schaffen, das Arbeiterklasse und Zwischenschichten zum gemeinsamen Abwehrkampf befähigt. Sie wendet sich dabei in erster Linie an die bewussteren Teile in den Initiativen. Nur wenn die Verbreiterung

der kämpfenden Basis bei Zuspitzung der Losungen gelingt, kann der kleinbürgerliche Einfluss erfolgreich beiseite gedrängt werden.

Zur Vorbereitung der Parteigruppen dient die Entwicklung wohnungs- und mietpolitischer Standpunkte in kollektiven Diskussionsprozessen, Schulungs- und Bildungsarbeit zum Thema, um die Genossinnen und Genossen zum selbstständigen Arbeiten zu befähigen, und schließlich die Aufgabenverteilung für die Erstellung von Agitationsmaterialien usw.

### Bündniserfahrungen

Die Wahlen 2011 standen im Zeichen der katastrophalen Wohnungspolitik von SPD/Linke: Privatisierungsk rekord kommunaler Wohnungsbestände; Streichung der „Anschlussförderung“ im Sozialen Wohnungsbau; Ausstieg aus demselben; Stopp aller Bautätigkeit; Verschleuderung landeseigenen Grunds durch den Liegenschaftsfonds;

profitorientierte Wohnungsbaugesellschaften; massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen; Jobcenter als Entmietungsagenten.

In den Wahlkampf fiel zeitlich eine große Demonstration gegen steigende Mieten und Verdrängung, begrüßt als Auftakt einer „neuen außerparlamentarischen Bewegung“. Die DKP traf da zunächst auf Antikommunismus: die Verbannung sämtlicher Senatsparteien und ihrer Symbole von der Demo wurde auch auf uns ausgeweitet. Sonstige Gruppierungen wurden damit nicht behelligt. Wir kamen mit roten Fahnen, ohne Parteilogo, selbst die wollte man runterholen.

Nach der Demo sortierten sich die Kräfte neu. Ein „Forum Wohnungsnot“, in dem auch wir vertreten sind, organisierte eine Kundgebung mit Blockade gegen die „Jahrestagung der Immobilienwirtschaft“ (Juni 2012). Die Unterstützerliste wuchs rasch, sämtliche Mieter-Initiativen schlossen sich an. Als die Berliner Linkspartei aufspringen wollte, hieß es wieder: „Keine Parteien, keine Fahnen“. Die DKP bestand darauf, dass politische Auseinandersetzungen inhaltlich und nicht durch pseudo-formale Regeln zu führen sind. Wir wurden als einzige Partei auf der Kundgebung akzeptiert. Uns kam zugute, dass sich die DKP im Wahlkampf als Gegenkraft zum Opportunismus der Linkspartei profiliert hatte. Außerdem begann unser verstärktes mietenpolitisches Engagement mit dazugehöriger Öffentlichkeitsarbeit zu greifen.

Mit unserem Transparent und Fahnen sowie einem Redebeitrag wurden wir bei Kundgebung und Blockaden gut wahrgenommen. Vergleicht man die Resonanz auf unser Auftreten bei den zwei Mieten-Demos innerhalb von neun Monaten, so konnten wir feststellen, dass Boden gutgemacht wurde. Erstens, weil wir uns im Bündnis nicht an die Mode-Ideologien und willkürlichen Regeln selbsternannter „Bewegungen“ anpassten. Und zweitens sind die Kräfteverhältnisse in den Mietenbündnissen nicht statisch – die anti-kommunistische Front zeigte Risse.

### **Neue Kampfformen**

Unterdessen nahm der Widerstand neue Formen an. Das Ende der „Anschlussförderung“ im Sozialen Woh-

nungsbau und die Abschaffung von Mietobergrenzen bedeutet für etwa 30.000 Mieterinnen und Mieter von Sozialwohnungen die sichere Kündigung, wenn es nicht zu massenhaftem Widerstand kommt. Seit Ende Mai halten die Bewohnerinnen und Bewohner einer Sozialsiedlung in Kreuzberg nun den Kottbusser Platz besetzt, um gegen unbezahlbare Mieten und Vertreibung zu protestieren. Jeden Samstag finden „Lärmdemos“ statt, deren Teilnehmerzahl bisher ständig wuchs. Auch hier der Widerspruch: politische Organisationen sind nicht gerne gesehen, zugleich wird auf den Einfluss etablierter Parteien gehofft.

Die DKP-Ortsgruppe knüpfte freundschaftliche Kontakte zum Protestcamp – mit Diplomatie und Fingerspitzengefühl – spendet Lebensmittel, hilft bei Nachtschichten und diskutiert mit. Dass wir im Camp nur behutsam agitieren, wird anerkannt. Zugleich verstärken wir durch Zeitungen, Internet und neuerdings das Kleben einer Wandzeitung unsere Öffentlichkeitsarbeit um das Camp herum und tauschen uns mit den Organisatoren über unsere Beiträge aus. Unsere Agitation zielt darauf, die Platzbesetzung als Kampf für alle Berliner Mieterinnen und Mieter ins Bewusstsein der Stadt zu bringen.

Auch bei dieser Initiative springt ihre klassenmäßige Mischstruktur ins Auge. Die Organisations- und Medienarbeit ist überwiegend in Händen akademischer Intelligenz. Die große Mehrzahl, die das Camp unterhält, sind Proletarierinnen und Proletarier, überwiegend türkischer Herkunft. Sie stellen klare Forderungen an die Senatspolitik, Mietobergrenzen und Sozialen Wohnungsbau betreffend, und diese sind zu unterstützen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass der Widerstand durch einige Kräfte in eine Expertendiskussion zwischen Senat und Campvertretern kanalisiert wird. Aufgrund der großen Solidarität ist der Senat in Abwarte-haltung, bemüht, den Protest lokal begrenzt zu halten und im äußersten Falle eine „Sonderregelung“ für die Siedlung zu akzeptieren.

Die DKP unterstützt die Forderung, den Sozialen Wohnungsbau in Berlin wieder zu beleben. Aber nur die Stärkung des Protestes auf der Straße, Mobilisierung weit über diese Initiative am Kotti hinaus, kann eine Frontlinie ge-

sellschaftlicher Mehrheiten schaffen, die den Forderungen die nötige Durchschlagskraft schaffen.

### **Gemeinsam kämpfen**

Der Auftrieb, den die Arbeiterklasse in solchen Kämpfen erfährt, wird entscheidend sein. Täglich bestätigt sich in diesem Protestcamp: wo stadtpolitische Kämpfe im Bündnis von Arbeiterklasse und Kleinbürgertum durchfochten werden, erwirbt die Klasse in relativ kurzer Zeit wertvolle Kampf- und Solidaritätserfahrungen, die auch dann als Erfolg empfunden werden, wenn die konkrete Auseinandersetzung nicht mit einem Sieg enden sollte. Das wird in allen Diskussionen und öffentlichen Statements hervorgehoben und beflügelt sichtbar den Protest auf der Straße.

Um Spaltung zu vermeiden, dürfen die Schichten, die in diesen Bündnissen zusammentreffen, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil, es ist darauf hinzuwirken, dass sie im Kampf zusammengeführt werden – was aber nur bei klarer gemeinsamer Stoßrichtung gegen die Monopolbourgeoisie und gegen das Agieren des Staates für sie möglich wird.

Diese Zusammenhänge sind vermittelbar, insbesondere der Arbeiterklasse. Das sind unsere Erfahrungen, wenn die desorientierende Entgegensetzung zwischen den „Betroffenen“, den protestierenden Mietern, und den „Organisierten“, den politischen Aktivisten der DKP, durchbrochen wird. Das bedarf allerdings umsichtiger Vorbereitung. Wir wissen: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Um uns in Bündnissen behaupten und formierend eingreifen zu können, müssen wir die Versatzstücke kleinbürgerlicher Ideologie wie die „Bewegungs“- und „Selbstermächtigungs“-ideologie auseinandernehmen. Vor allem ist darauf zu achten, dass sie nicht auf unsere Organisation übergreifen und revisionistische Ideen befördern.

Selbstbewusste Bündnisarbeit und die Diskussion um den Charakter einer kommunistischen Partei gehören zusammen.



# INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial.....	1
<i>Patrik Köbele</i> Das Dilemma der KKE .....	2
<i>Sepp Aigner</i> Wozu dienen Linksregierungen?.....	3
<i>Jörg Hogemann</i> <i>Neues Denken</i> über Gramsci .....	5
<i>Daniel Bratanovic</i> Gramsci – nicht als Kronzeuge geeignet .....	6
<i>Sepp Aigner</i> isw analysiert deutsche Monopolbourgeoisie weg.....	8
<i>Gerhard Feldbauer, Renate Münder</i> Wie Faschisten in Europa der Boden bereitet wird ...	10
<i>Tom (SDAJ München), Renate Münder</i> Zur Bedeutung des Rechtspopulismus.....	12
<i>Interview mit Erika Baum</i> „Verordneter Antifaschismus“ in der DDR?.....	14
Zur sozialistischen Demokratie	
<i>Ulrich Huar</i> Die Macht ist unteilbar .....	16
<i>Robert Steigerwald</i> Gewaltenteilung oder Gewaltentrennung .....	17
<i>Ernst Heinz</i> Innerparteiliche Demokratie in der SED .....	19
Leserbriefe	
<i>Kurt Gossweiler</i> Zur Buchbesprechung von Sebastian Carlens .....	20
<i>Sebastian Carlens</i> Antwort an Kurt Gossweiler .....	21
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Klaus Linder</i> Die DKP in den Berliner Mietenkampfen.....	22

# IMPRESSUM

[www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com)

## Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus  
in Wissenschaft und Politik,  
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

## Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,  
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München  
E-Mail: TundP-Box@web.de

**Druck:** Eigendruck

**Auflage:** 1400

**Einzelverkaufspreis:** Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz,**  
**Spendenkonto Theorie und Praxis,**  
**Konto-Nr. 419 702,**  
**Sparkasse Gießen,**  
**BLZ: 513 500 25,**  
**IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,**  
**SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Présentation der Zeitschrift unter [www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com) verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.